



Erwachsenenbildung und Behinderung

Jahrgang 20
Heft 1: April 2009



Vorwärts und nicht vergessen

Erwachsenenbildung in den neuen Bundesländern



Die Grafik auf dem Umschlag zeigt die ostdeutschen Bundesländer mit ihren Wappen.
Montage: Klaus Buddeberg

Editorial

Ute Schütte und Werner Schlummer: Vorwärts und nicht vergessen 2

Schwerpunktthema

Porträt Günther Wilhelm: Erinnerungen an ein bewegtes Berufsleben 3

Christin Seifert: Rehabilitationspädagogik und Qualifizierung in der Behindertenhilfe –
Professionelle Herausforderungen und Veränderungen vor und nach dem Mauerfall 9

Johannes Tittel: Erwachsenenbildung – Entwicklungen, Veränderungen,
Möglichkeiten in der Praxis der neuen Bundesländer 15

„Ich konnte unheimlich viel lernen“ – Bundeskanzlerin *Angela Merkel* erzählt
aus ihrer Heimat in der DDR und ihrem Bezug zum Thema Behinderung 21

Der Mauerfall – Eindrücke und Materialien zur deutschen Vergangenheit 23

Kontext Erwachsenenbildung

„Es geht doch - und wie!?“ Jubiläumstagung der GEB in Rothenburg o. d. T. 24

Einladung zur Mitgliederversammlung der GEB 25

Lars Elster: 10. Fachtagung der Fachpädagogen in Rothenburg o. d. T. 26

Auf dem Weg zur Inklusion – Kasseler Arbeitskreis Erwachsenenbildung 28

„Bildung in Arbeit und Freizeit“ – Fortbildung zum/zur Fachpädagogen/in 30

Franz Schweitzer und Lothar Heusohn: „Nichts über uns ohne uns“ –
oder: „Politik geht alle an“ 32

Internationales und Tagungen

Aktuelles aus Österreich: Kulturhauptstadt Linz09 36

„Auch wir sind Europa“ – Über eine EU-Lernpartnerschaft 37

Veranstaltungshinweise 38

Materialien und Medien

Buchbesprechungen 40

In eigener Sache

Mitgliedschaft 44

Impressum

Vorwärts und nicht vergessen

Ute
Schütte



Werner
Schlummer



Melodien setzen sich nicht selten als Ohrwürmer im Kopf fest. Das Solidaritätslied – mit der Melodie von Hanns Eisler (1931) und dem Text von Bertolt Brecht – gehört vermutlich zu einem Liedgut, das zumindest der Arbeiterklasse der ganzen Welt in diesem Sinne präsent ist und rasch „abgerufen“ werden kann. Präsent wird es vielleicht auch vielen Menschen sein, die sich gedanklich mit der DDR befassen. Bei den Überlegungen zu dem vorliegenden Heft kamen die Refrainzeile „Vorwärts und nicht vergessen“ sowie die markante und durchaus auch kämpferische Melodie dieses Solidaritätsliedes fast wie selbstverständlich ins Spiel.

Nun könnte man Bertolt Brecht mit seinen Positionen, Anliegen und Botschaften durchaus auch als einen Erwachsenenbildner im Rahmen der politischen Bildung sehen. Daher passt die in mehrfacher Weise vor allem symbolisch gemeinte Anlehnung an das Lied sehr wohl in diese Ausgabe der Zeitschrift: Der Aufforderungscharakter einzelner Liedpassagen, das Gebot der Auseinandersetzung mit Vergangenen und der Appell – verbunden mit einem Innovationsanspruch – zur Verbesserung der Verhältnisse. All' dies steckt in diesen vier Worten aus dem Refrain. Die Erwachsenenbildung für und mit Menschen mit Behinderung in den neuen Bundesländern hat sicherlich einen besonderen Bezug zu diesen aufgezeigten Gesichtspunkten. Und dieser lässt sich nur bedingt allein mit dem sogenannten Solidaritätszuschlag herstellen und finanzieren.

Aber nicht die Einschätzungen von „Besser-Wessis“ sind in diesem Heft gefragt. Zu Worte kommen mehrere Fachleute aus den neuen Bundesländern, die

jeweils vor dem Hintergrund ihres professionellen Erfahrungsschatzes persönliche Sichtweisen verdeutlichen. *Günther Wilhelm* erinnert sich an sein bewegtes Berufsleben und berichtet aus schwierigen Anfangs- und Umstellungszeiten im Zusammenhang mit beruflicher Bildung und der Gestaltung neuer Rahmenbedingungen für das Tätigsein von Menschen mit Behinderung. Grundlage der wissenschaftlichen Untersuchung von *Christin Seifert* zum professionellen Arbeiten vor und nach dem Mauerfall ist ein Experteninterview mit einer Fachkollegin. Auf Erwachsenenbildung sowie die Entwicklungs- und Veränderungsprozesse geht *Johannes Tittel* in seinem Beitrag ein. Und schließlich lassen wir Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Wort kommen, die aus ihrer Heimat in der DDR erzählt und von ihrem Bezug zum Thema Behinderung.

Ute Schütte und Werner Schlummer
Redaktionsmitglieder

Vorschau auf Heft 2/2009

In der nächsten Ausgabe (Heft 2/2009) geht es um ein umstrittenes Thema, das gesellschaftlich und in der Behindertenhilfe häufig zu kontroversen Diskussionen führt: Elternschaft von Menschen mit (geistiger) Behinderung. Im Spannungsfeld von Selbstbestimmung und Unterstützungsbedarf ist besonders auch die Erwachsenenbildung gefordert.

Die Redaktion freut sich auf Beiträge, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Porträt Günther Wilhelm

Erinnerungen an ein bewegtes Berufsleben

„Ich saß daheim vor dem Fernseher. Aber ich habe nicht verstanden, was der Mann da gesagt hatte.“ So erinnert sich Günther Wilhelm an den 9. November 1989 und an einen Fernsehabend, der das Leben von nahezu 17 Millionen Menschen in der damaligen DDR verändert hat. Es war die Pressekonferenz, bei der Günter Schabowski, ZK-Sekretär für Information, über die zuvor getroffene Entscheidung der Regierung über die neuen Reisebestimmungen informierte. Und es war die Fernsehsendung, nach der sich die deutsch-deutsche Mauer öffnete.

Geschichtsträchtiger Ort

Auch für den damals 49-jährigen Wilhelm änderte sich mit dem Tag vieles. Wenn man ihn heute – fast zwanzig Jahre danach – erzählen hört, erlebt man einen Menschen, der zwar nachdenklich, aber doch ohne zu zögern von der Bedeutung der dann beginnenden Veränderungen spricht. Und er beschreibt die denkwürdigen Ereignisse vor und nach dem Mauerfall in einem Gebäude, das selbst turbulente Zeiten hinter sich hat.

Treffpunkt für dieses Gespräch ist ein Haus in Eisenach, das in der nationalsozialistischen Zeit als Kaserne erbaut und 1935 vom Panzerregiment II bezogen wurde, nach dem 2. Weltkrieg den Grenztruppen der DDR als Unterkunft diente und – nach kurzer Verwendung durch die Bundeswehr – heute die Zentrale eines Unternehmen der Behindertenhilfe beherbergt. Man muss schon genau hinsehen, um bei diesem Gebäude zu erkennen, welche bewegte Geschichte

es hat. Neben den Büros der Verwaltung sind es besonders auch die vielen Unterrichtsräume, die die Atmosphäre in den einzelnen Stockwerken und auf den Fluren bestimmen. Hier hat das heutige „Diakonische Bildungsinstitut ‚Johannes Falk‘ gGmbH“ seinen Sitz. Günther Wilhelm ist einer derjenigen, die wesentlich zum Aufbau und Ausbau des gesamten Unternehmens beigetragen haben.

Das Thema Bildung war schon immer sein besonderer Schwerpunkt. Der gelernte Werkzeugmacher, Ingenieur und Pädagoge blickt auf über vierzig Berufsjahre zurück, die ihn geprägt haben. Diese Jahre sind aber auch Zeiten, in denen er andere gefordert, gefördert und geprägt hat. Sei es als ehrenamtlich Tätiger in der evangelischen Jugendarbeit, als Lehrmeister in einer Betriebsberufsschule, als Innovator der Behindertenarbeit und als Verantwortlicher in der Behindertenhilfe. Mit seinem Engagement überraschte er schon Mitte der 1960er-Jahre seinen Direktor der Betriebsberufsschule, als er sich für die Gruppenleitung einer Klasse mit zwölf behinderten Menschen bewarb. Diese Klasse wurde damals erstmalig eingerichtet.

Arbeitsplätze eingerichtet

Er ließ auch nicht locker, Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in den Betrieben einzurichten. Und es gelang ihm dabei sogar, den gesetzlich geregelten Arbeitsplatzschlüssel von 1:3 auf teilweise 1:6 zu erhöhen. Also auf einem normalen Arbeitsplatz konnten sechs Menschen mit Behinderung platziert

Werner Schlummer



werden, die dann in normaler Arbeitsumgebung ihre Arbeit fanden. Diagnostische Verfahren zur gezielten Einstufung oder passenden Zuordnung gab es damals nicht. Es galt das Wort und die Einschätzung des Lehrmeisters.

Eisenach - ein aktiver Ort

Aus heutiger Sicht scheint dies fast unvorstellbar zu sein. Wilhelm und andere Aktive beim Thema berufliche Tätigkeit schufen hier Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung, von denen heute die Integrationsbewegung im Bereich Arbeit eher nur träumen kann. Wichtige Aufbauarbeit leistete der gebürtige Stettiner aber auch dabei, Menschen mit Behinderung Lebensperspektiven im Bereich des Wohnens zu eröffnen. „Eigentlich waren auch in der damaligen DDR Eltern immer wieder ständiger Motor für die Umsetzung von Neuerungen“, erinnert sich der auch noch heute engagierte Rentner. Er berichtet davon, wie sich Eltern erwachsener Söhne und Töchter mit Behinderung in ihrer Not an ihn gewandt haben. Nach einem fachlichen Austausch mit Kollegen in Rathenow gelang es Wilhelm und seinen Eisenacher Mitstreitern, 1976 ein eigenes Wohnheim einzurichten. „Wir konnten als erster Träger ein Wohnheim eröffnen, das für die Region geplant war und in kommunaler Trägerschaft geführt wurde“, berichtet Wilhelm auch heute noch stolz. Dass dabei der Kollege Zufall zu Hilfe kam, war für ihn ein besonderer Glücksfall. Bot sich doch nach dem Umzug eines Kindergartens ein nun leerstehendes Fachwerkhaus an, das überraschend für den neuen Zweck zur Verfügung stand und nun für 27 Bewohner hergerichtet werden konnte.

Wenn sich Wilhelm an die schwierigen Zeiten in der DDR erinnert, kommen ihm aber auch Gedanken in den Sinn, die immer wieder Zufälle oder hilfreiche Konstellationen zum Vorschein bringen. „Es gab damals in Eisenach einen niedergelassenen Orthopäden, der sich in besonderer Weise für Menschen mit Behinderung einsetzte. Und es gab viele Jahre einen Gesundheitsminister der DDR, der seinen Wahlkreis in Eisenach hatte. Und da war das eine oder andere an Neuerung schon leichter möglich.“ Viele Kleinigkeiten und Erfolge lassen Eisenach für Wilhelm auch in der heutigen Erinnerung als einen besonderen Ort für die Behindertenhilfe erscheinen. Das, was für die Zeiten in der DDR galt, ist seiner Meinung nach auch für die Zeit nach der politischen Wende gültig. Und hier kann Wilhelm über viele Besonderheiten berichten, bei deren Realisierung er selbst keinen unerheblichen Anteil hat. Wenn es zum Beispiel um die Gründung von Werkstätten für behinderte Menschen in den neuen Bundesländern geht. „Ab Januar 1990 konnte ich eine Reihe von Werkstätten in den alten Bundesländern besuchen und dort mit Kollegen Gedanken austauschen. Und ich erkannte eine Reihe von Möglichkeiten, mit und für Menschen mit Behinderungen zu arbeiten, für sie bessere Möglichkeiten aufzubauen, als es bis zur Wende der Fall war. Eine dieser Erkenntnisse war zum Beispiel, dass eine Vielfalt von Tätigkeiten in den Werkstätten möglich und wichtig ist.“ Das sagt ein Fachmann, der nicht nur etwas vom Organisieren versteht, sondern auch die praktische Seite der Arbeit kennt. Auch hat sich Wilhelm in seinem Studium der Rehabilitationspädagogik an der damaligen Humboldt Universität intensiv mit Fragen der Behinderung befasst. Sein breites Know-how und

intensives Engagement bringt er ein, um die Vernetzung der Werkstätten in Thüringen und die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten voran zu treiben.

Wenn Günther Wilhelm teils schwärmerisch, teils kritisch-distanziert Veränderungen der zurückliegenden zwanzig Jahre beschreibt, ist bei seinen Erzählungen seine Bescheidenheit bezogen auf den eigenen Anteil daran deutlich zu erkennen. „Wichtig war mir immer, den Austausch mit anderen zu pflegen und daraus mit ihnen neue Dinge zu entwickeln.“ Für Wilhelm gilt diese Maxime in den vielen Arbeitsfeldern, in denen er sich innerhalb seines beruflichen Lebens eingebracht hat. Dies kann man an der Qualifizierung der Gruppenleiter in den Werkstätten erkennen, wo aus teilweiser Unzufriedenheit mit Fortbildungs-Anbietern schließlich nach Jahren ein eigenes Konzept und Angebot entstanden ist. Hier lassen sich Erfolge benennen, die durch die Beteiligung an europäischen Projekten und dem Drang heraus, über den Tellerrand zu schauen, zu Erkenntnissen und Umsetzungen in Konzepten geführt haben. Und besonderen Stolz kann man erkennen, wenn Wilhelm von der Gründung der „Brücke“ und entsprechenden Vorarbeiten berichtet, die ebenfalls aus intensiven Gesprächen und einem fachlichen Austausch heraus – im Rahmen einer Art Bildungsbeirat – entstanden ist.

Entstehung der “Brücke“

Gleichsam als erster Schritt war im Dezember 1996 die gemeinnützige Dienstleistungsgesellschaft „Von Uns – Für Alle“ entstanden, die im Kern ihr Know-how als übergreifenden Fachdienst für andere Einrichtungen innerhalb des

Diakonie-Verbundes Eisenach anbietet. Der Folgeschritt ließ nicht lange auf sich warten, als im April 1998 durch einen weiteren Gesellschaftervertrag „Die Brücke“ als Einrichtung der Erwachsenenbildung gegründet wurde. Seit dem 1. Januar 2007 ist „Die Brücke – Diakonisches Bildungswerk gGmbH“ gemeinsam mit der Evangelischen Fachschule für Diakonie und Sozialpädagogik und dem Weiterbildungsseminar des Diakonischen Werkes Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland e. V. durch eine Fusion in das heutige Diakonische Bildungsinstitut „Johannes Falk“ aufgegangen. Gegenstand des Unternehmens „Die Brücke“, so formuliert es der damalige Gesellschaftervertrag, ist es, „Bildungsangebote für Erwachsene zur Allgemeinbildung, Persönlichkeitsbildung und berufliche Bildung anzubieten. Die Bildungsangebote richten sich schwerpunktmäßig an Menschen mit Behinderungen, sie stehen jedoch unter dem Integrationsgedanken für alle offen.“ Die heutige Konzeption unterstreicht diesen Grundgedanken und hat ihn noch deutlicher herausgearbeitet. Sie betont: „Der Fachbereich bietet verschiedenste Bildungsangebote unter integrativem Aspekt an. Menschen mit Behinderung erfahren dabei besondere Berücksichtigung. Damit ist das Diakonische Bildungsinstitut deutschlandweit der erste anerkannte und förderungsberichtigte Erwachsenenbildungsträger, in welchem ‚unter integrativem Auftrag Menschen mit geistiger Behinderung maßgeschneiderte Angebote finden‘.“ Im Jahr 2008 schlossen sich die Fachbereiche Allgemein- und Persönlichkeitsbildung, Bildung in Beruflichen Bezügen und Bildungsreisen/Lernen vor Ort zum Integrativen Erwachsenenbildungsbereich zusammen.

Besonnen und entschieden

Für Wilhelm hat mit der damaligen Gründung der „Brücke“ sein bisheriges Engagement für die Bildung von Menschen mit Behinderung eine Krönung erfahren. Umgesetzt wurde damit auch, was etwa im Rahmen einer Zukunftswerkstatt noch 1997 das Ziel verfolgte: „Wir bauen uns ein Bildungswerk!“ Auch bei dieser Veranstaltung ist der zentrale Ansatz Wilhelms zu erkennen: Mehr Mitsprache und Mitbestimmung der Betroffenen und Beteiligten zu erreichen.

Besonnenheit und Entschiedenheit sind für Günther Wilhelm wichtige Prinzipien in seinem beruflichen Wirken und darüber hinaus. Seine kritische Auseinandersetzung mit Begriffen und dahinter stehenden Konzepten kann er verdeutlichen, wenn er auf Begriffe zu sprechen kommt, die nach der Wende nach Thüringen kamen. „Wir wurden mit dem ‚Arbeitstrainingsbereich‘ in der westdeutschen Werkstatt für Behinderte konfrontiert.“ Für ihn schwingt in dieser Bezeichnung auch das mit, was er in den 1970er-Jahren in der DDR bereits beim Ansatz der „Dressur“ in der geschützten Arbeit erfolgreich bekämpft hat. „Sind nicht beide Bezeichnungen eine Katastrophe?“, formuliert Wilhelm eindeutig seine Position.

Sein besonderes Steckenpferd liegt auch heute noch – in seinem Ruhestand – in der beruflichen Bildung. Dabei treibt ihn um, was er in seinen beruflich aktiven Zeiten auch immer kritisch betrachtet hat. Es ist die Frage danach, in welchen Betrieben Beschäftigte eingesetzt werden können, wenn sie nicht so ausgebildet werden, um den Anforderungen dort gerecht zu werden. „Welche Formen und Möglichkeiten bestehen bzw. müssen in den Betrieben und Einrichtungen geschaffen werden,

damit Menschen mit Behinderung eine Chance haben, dort zu arbeiten.“ Ideen zu diesem Thema hat Wilhelm viele. Lösungen sind aber – auch das weiß die berufserfahrene ehemalige Leitungsperson – nicht so einfach zu realisieren. Bei allen Schwierigkeiten in der Umsetzung notwendiger Innovationen ist für den christlich verwurzelten Wilhelm ein besonderes Credo gültig: „Es muss die Einheit von Lernen und Arbeiten bestehen bleiben. Diese Grundbedingung gilt für Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen.“ In dieses Credo bezieht er alle Menschen mit Behinderung ein – auch diejenigen, die als Schwerstbehinderte bezeichnet werden.

Ganzheitlichkeit

Für die Umsetzung solcher Forderungen bedarf es aus Sicht Wilhelms entsprechender Rahmenbedingungen. Ohne das Engagement der Professionellen wird eine Realisierung aber nur ansatzweise gelingen. „Es kommt auf die Qualifizierung der Mitarbeiter an“, unterstreicht Wilhelm, „und diese muss die Ganzheitlichkeit unseres professionellen Ansatzes beinhalten: Wohnen, Freizeitgestaltung, Urlaubsgestaltung, Bildung gehören mit zu unseren Aufgaben, wenn wir das Thema Arbeit von und für Menschen mit Behinderung betrachten.“ Die Gefahr, diesen Anspruch aus den Augen zu verlieren, sieht der kritische Rentner unter anderem darin, dass die Einrichtungen zu groß werden. „Besonders die Leitungskräfte sind hier gefordert. Denn sie sind gefährdet, den Kontakt zur Basis und zu den Dingen zu verlieren, die die Mitarbeiter und die Menschen mit Behinderung beschäftigen.“

Auszüge aus der Konzeption von 1997 für das Bildungswerk „Die Brücke“.

Die Konzeption (verfasst von Diana Schuchardt, Gerd Grampp und Petra Braun) ist überschrieben mit dem Titel: „Konzeption – Bildungswerk für Menschen mit Behinderungen, zur Verbesserung der Chancen und Eröffnung neuer Horizonte“. Für die Koordination innerhalb des Bildungswerkes sind als zentrale Aufgaben formuliert: Planung, Organisation und Analyse von Lernprozessen. Für das Selbstverständnis des Bildungswerkes ist in der Konzeption ferner angegeben: Koordinations- und Clearingstelle mit dem Charakter eines Dienstleistungszentrums. Im Rahmen einer freien wissenschaftlichen Arbeit (Diplomarbeit an der Fachhochschule Jena) wurde im Vorfeld der Gründung des Bildungswerkes eine Bedarfsanalyse erstellt (Karsten, A. / Lohs, H. M.: Bildungsbedürfnisse von Menschen mit einer geistigen Behinderung. Jena 1997). [...]

Abhängigkeit als Merkmal geistiger Behinderung

Alles Handeln zwischen Menschen, vor allem aber pädagogische Aktivitäten, werden von – oft unbewussten – Vorstellungen bestimmt, was ein Mensch ist bzw. sein und werden soll. Dies gilt auch für die Erwachsenenbildung bei Menschen mit geistiger Behinderung. Ein Bildungswerk muß deshalb das zugrunde liegende Menschenbild ausdrücklich formulieren, da es weitreichende Folgen im Hinblick auf Organisation und Bildungspraxis hat. Vorstellungen von „Anderssein“, „Nicht-Können“,

„lebenslanger Abhängigkeit“ prägen oft noch das Handeln in der pädagogischen Praxis. Dies führt dazu, dass etwas für Menschen mit geistiger Behinderung getan wird, dass an ihrer Stelle entschieden (wird) – mit dem Ergebnis, dass das vorausgesagte und erwartete Verhalten tatsächlich eintritt. [...]

Identität, Partizipation und Kompensation

Erwachsenenbildung, wie sie vom Bildungswerk angeboten werden soll, orientiert sich so an den drei thematischen Schwerpunkten:

Identität:

Anregung, Begleitung, Hilfe und Orientierung bei der Identitätsentwicklung des Einzelnen.

Partizipation:

Anregung und Befähigung zur Teilhabe und Mitgestaltung des Gemeinwesens.

Kompensation:

Ausgleich von schulischer oder beruflicher Benachteiligung; Anpassung und Weiterentwicklung beruflicher Qualifikationen.

Sie nimmt die klassischen Bildungsbereiche auf und vermeidet so einen Sonderstatus, der bei einer Beschränkung auf vorhandene Fertigungsdefizite eintreten würde. [...]

Fort- und Weiterbildung für MitarbeiterInnen

Zukunftsfähigkeit durch Bildung, wie sie oben skizziert wurde, bedingt eine Veränderung von Verhalten und Einstellungen bei den MitarbeiterInnen. Diese Veränderungen müssen durch permanente Fort- und Weiterbildung angeregt und bestärkt werden. Dies gilt vor allem für die Werkstatt, die ja den gesetzlichen Auftrag der beruflichen Bildung und der Ermöglichung von Persönlichkeitsentwicklung hat.

Soll die Leitidee Selbstbestimmung insgesamt verwirklicht werden, muß die oft noch im Wohnbereich vorhandene Förderorientierung durch eine Bildungsorientierung abgelöst werden. Auch daraus erwächst ein Bedarf an Fort- und Weiterbildung. Dabei ist im Sinne einer Einheitlichkeit auch hier die Orientierung an Schlüsselkompetenzen wichtig, denn sie sind für Menschen mit geistiger Behinderung nur dann zukunftsöffnend und zukunftsfähig, wenn sie gelebt werden können. Zur Realisierung bedarf es aber entsprechend gebildeter MitarbeiterInnen, wobei Schlüsselkompetenzen eben auch für eine qualitätsorientierte Arbeit befähigen. [...]

Inhalte und Strukturen

Die inhaltlichen Ziele und sogleich Schlüsselbegriffe für die Erwachsenenbildungskurse werden nachfolgend formuliert:

- Autonomiegewinn und Emanzipation
- Beschäftigung mit sich selbst
- Auseinandersetzung des Menschen mit seiner gesellschaftlichen Verflechtung
- Übung in kommunikativen Prozessen
- Bewältigung technischer Anforderungen
- Qualifizierung für ein eigenständiges Handeln im Alltagsleben
- Sensibilisierung für Symbolwelten, ästhetische Bildung in allen künstlerischen Bereichen
- Entfaltung spielerischer und gestalterischer Tätigkeiten
- Handlungsräume für körperliche Betätigung
- Vermittlung berufsbezogener Fähigkeiten, Kenntnisse und Qualifizierungen [...]

Die Rolle der ErwachsenenbildnerInnen

Die individuelle Deutung der Welt, Lebenskultur und Wechselbezug im sozialen Kontext erfordert zusätzliche Kompetenzen der Kursleiter. Sie müssen in der Lage sein, Kenntnisse über die Lebenswelten der Teilnehmer und die Art und Weise, wie sie sich in ihren Köpfen darstellt, zu verknüpfen und zu spiegeln.

Der Kursleiter befindet sich ebenso in einem dialogischen Prozeß und sollte sich als „Baustein“ und Impulsgeber“ begreifen. Kurz umrissen zeichnet den Kursleiter fachliche, persönliche, soziale und didaktische Kompetenz aus.

Rehabilitationspädagogik und Qualifizierung in der Behindertenhilfe – Professionelle Herausforderungen und Veränderungen vor und nach dem Mauerfall

Nach der Wiedervereinigung liefen mehrere Dokumentationen im Fernsehen über behinderte Menschen, die unter unwürdigen Bedingungen in geschlossenen Heimen untergebracht waren. Die erschreckenden Bilder von dahinvegetierenden Menschen, angekettet an Bettgestelle, haben eine eindimensionale Sicht auf die Geistigbehindertenpädagogik in der DDR geprägt. Diese Berichte - zusammen mit meiner eigenen biografischen Herkunft aus den neuen Bundesländern - bilden die Grundlage für die Motivation, diesen Beitrag zu schreiben. Dieser beruht auf meiner Untersuchung, die ich im Rahmen meiner Diplomarbeit verfasst habe (Seifert 2008). Im Hintergrund dieses Beitrags geht es vor allem um die Entwicklung eines eigenen Professionsverständnisses. Damit verbunden ist die Frage, die ich mir während meines Studiums stellte: Wie betrachten die Menschen, die bereits zu DDR-Zeiten mit geistig behinderten Menschen gearbeitet haben, ihre damalige Tätigkeit heute? Wie waren die Arbeitsbedingungen? Wie sah das professionelle Selbstverständnis aus? Einige Hinweise und Antworten zu diesen Fragen will der folgende Beitrag geben.

Im Laufe der Jahre sind viele Berichte über das Leben von Menschen mit geistiger Behinderung verfasst worden. Jedoch kaum eine Arbeit setzt sich mit den Rehabilitationspädagogen an sich auseinander. Das besondere Interesse dieses Beitrags gilt dabei nicht den aner-

kannten Wissenschaftlern und Theoretikern an den Universitäten, sondern den Pädagogen in ihrer täglichen Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung. Tatsächlich ging ich ursprünglich davon aus, dass es 20 Jahre nach dem Mauerfall nicht mehr eine vordringliche Aufgabe ist, sich mit den Gefühlen der Bewohner der neuen und alten Bundesländer füreinander auseinander zu setzen. Dies erwies sich bei meinen Recherchen als Irrtum. Insbesondere Pädagoginnen in den neuen Ländern zeigten eine starke Sensibilität gegenüber dem Thema. Sie befürchteten eine weitere Abhandlung über ihre Profession und Professionalität durch einen „besserwisserischen Wessi“. Hier ist m. E. zu berücksichtigen, dass besonders im Erziehungswesen in den vergangenen Jahren Schuldzuweisungen und einseitige Deutungszusammenhänge wahrgenommen wurden, die als ungerechtfertigt betrachtet wurden. „Neben der wirtschaftlichen Übermacht etablierte sich die Deutungsmacht der Westdeutschen über die Ostdeutschen.“ (Schorlemmer 2002, 37) Die Liste der dabei diskutierten Themen reicht von der Vernachlässigung pflegebedürftiger Menschen über die Entstehung eines ostdeutschen Rechtsradikalismus bis zu Kindsmorden aufgrund einer liberalen Abtreibungspolitik in der DDR. Die Folgen unglücklicher Formulierungen oder gewollter Provokationen in diesem Zusammenhang - beispielsweise Beiträge von Ernst Klee zur psychiatrischen Unterbringung Geistigbehinderter (vgl. Klee 1993) - führten zu einer

Christin
Seifert

Defensivhaltung gegenüber kritischen Äußerungen.

Aufarbeitung steht aus

Die über zwei Jahrzehnte geführte Diskussion zwischen Pädagogen aus Ost und West hat zu häufig unter Missverständnissen, Belehrungen und Rechtfertigungen gelitten. Findet ein Austausch über die Vergangenheit statt, so scheint er von einem allgemeinen Unwohlsein und Beklommenheit auf beiden Seiten begleitet zu werden. Es stellt sich die Frage, ob die emotionale Distanz als notwendige Voraussetzung für einen objektiven Diskurs überhaupt in dieser Generation geleistet werden kann. Ein gesamtdeutscher Erkenntnisgewinn durch die Erforschung der Geschichte der Rehabilitationspädagogik findet momentan noch unter erschwerten Bedingungen statt. Für eine gründliche Aufarbeitung dieses Themenfeldes wären - unter chronologischen Aspekten - zumindest die folgenden drei Bereiche zu berücksichtigen: 1. Literatur aus der Zeit eines geteilten Deutschlands ab den 1970er-Jahren; 2. Material aus der Zeit nach der Wiedervereinigung von 1990; 3. Interviews von Zeitzeugen.

Für diesen Beitrag greife ich im Wesentlichen zurück auf den letzten Aspekt in Form eines narrativen Interviews mit einer Zeitzeugin. Dabei handelt es sich um subjektive Wirklichkeitsbeschreibungen. Die Besonderheit liegt „in dem Brückenschlag“ in einer Person: Die Verbindung der Tätigkeit innerhalb der Rehabilitationspädagogik in der DDR mit dem professionellen Engagement im wiedervereinten Deutschland - und den dazu vorgenommenen Einschätzungen und Bewertungen aus heutiger Sicht.

Interview mit Fachfrau

Das Interview wurde mit einer Fachfrau geführt, die 1941 geboren ist und als Erzieherin in einem Rehabilitationszentrum einer Stadt im heutigen Sachsen gearbeitet hat. Dort übernahm sie 1986 die Leitung einer Tagesstätte. Diese Leitung behielt sie bis zur Schließung der Einrichtung 1991. Berufsbegleitend hat sie in einer zweijährigen Qualifizierung die staatliche Anerkennung als Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin erlangt. Danach war sie als Leiterin einer Wohnstätte für Menschen mit geistiger Behinderung tätig. Zum Zeitpunkt des Interviews befand sich die Interviewpartnerin im Ruhestand.

Wesentliches Gewicht legt die Interviewpartnerin zu Beginn des Gesprächs auf die Bedeutung der Planung des Förderprozesses. Die Veröffentlichung der Rahmenförderung erfolgte 1987 durch Sigmar Ebbach. Ebbach ist als einer der Begründer einer Pädagogik bei geistiger Behinderung in der DDR zu sehen. Die Planung der Arbeit in den Einrichtungen – an der Humboldt-Universität theoretisch fundiert – war die Voraussetzung für die „optimale und effektive Gestaltung des rehabilitationspädagogischen Förderungsprozesses“ (Ebbach 1987, 49).

Auf der Basis der täglich ausgearbeiteten Pläne erfolgte die Förderung der Kinder und Jugendlichen. Diese Förderung erhielt aufgrund der Einhaltung eines Stundenplanes eher schulischen Charakter, obwohl lediglich rehabilitative Grundsätze für die Vermittlung von jeweiligen Inhalten aufgestellt waren.

Besonders für die Jugendlichen war die Heranführung an die Arbeit ein wichtiges Ziel. Damit erfüllte sich in der Förderpädagogik der allgemeine Anspruch, Bildung und produktive Arbeit zu ver-

binden. Bei den detaillierten Ausführungen der Interviewpartnerin zur Vorbereitung auf die geschützten Werkstätten zeigt sich ein Bild abwechslungsreicher Tätigkeiten für die Jugendlichen. Das Ziel der Förderpädagogik lag nicht nur in der Befähigung, im späteren Leben einer Tätigkeit nachzugehen, sondern in der Vermittlung praxisnaher Kenntnisse für die größtmögliche Selbstständigkeit im Erwachsenenleben.

Andere Definitionen

In der Tagesstätte wurden allerdings auch Jugendliche betreut, die aufgrund ihrer Behinderung nach der damals geltenden Definition nicht als schulbildungsunfähige, förderfähige Intelligenzgeschädigte, sondern eher als nicht mehr förderfähig eingestuft worden wären. Die Entwicklung der Rehabilitationspädagogik hin zu einer Lernerorientierung für alle geistig behinderten Menschen ermöglichte auch die Aufnahme solcher Kinder, die nicht mehr nach den vorgesehenen Konzepten der Tagesstätten gefördert werden konnten. Interessant war in diesem Zusammenhang der Wechsel in der Bezeichnung vom Rehabilitationserzieher hin zum Betreuer. Die Aufnahme schwer behinderter Kinder bedeutete offenbar keine grundsätzliche Annahme der Bildungsfähigkeit. Dies schlägt sich m. E. in der eher fachlich unspezifischen Bezeichnung „Betreuer“ nieder.

Die Aussage korrespondiert mit der politischen Erkenntnis, dass die Rehabilitationspädagogik zwar die Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit zum Ziel hatte, aber nicht - wie die allgemeine Pädagogik - einer parteipolitischen Einmischung ausgesetzt war. Eine Mitgliedschaft in der SED war bei der Arbeit mit

behinderten Kindern nicht unbedingt nötig - und hat im Falle der Interviewpartnerin auch keine Karriere Nachteile bedeutet. Daher lässt sich schlussfolgern, dass die Rehabilitationspädagogik offensichtlich eine Nische innerhalb des Erziehungswesens bildete. Dennoch ist zu bedenken, dass die potenziellen Einflussgrößen durch die Partei der SED und die staatliche Überwachung auch in eher randständigen Berufsfeldern nicht vernachlässigt werden dürfen.

Rigoreuse Veränderungen

Für die Interviewpartnerin gestaltet sich die Wendezeit mit folgenden Ereignissen: Nach der Wiedervereinigung erfolgt die Gründung eines neuen örtlichen Trägers der Behindertenhilfe, in dessen Bereich auch das Wohnheim für Menschen mit Behinderung überführt wurde. Das Rehabilitationszentrum selbst wird mit Einführung der Schulpflicht für geistig behinderte Kinder aufgelöst. Die Bedingungen für behinderte Menschen, aber auch für die Mitarbeiter, ändern sich nach der Wende aus Sicht der Interviewpartnerin nicht nur im positiven Sinne. Gerade zu Anfang gibt es Schwierigkeiten. Auf der einen Seite stellt sich die Frage nach der drohenden Arbeitslosigkeit, die bis dahin gänzlich unbekannt war. Zum anderen entwickeln sich Probleme, die selbst in den alten Bundesländern nicht bekannt waren. So muss das Wohnheim aufgrund von Rückführungsansprüchen aufgegeben werden, nachdem viel Arbeit bei der Sanierung und dem Umbau des Gebäudes für eine bessere Unterbringung der behinderten Menschen aufgewandt wurde. Gleichzeitig sehen sich die Pädagogen mit dem Problem konfrontiert, dass geistig behinderten Menschen Ver-

kaufverträge aufgedrängt wurden, zu denen sie nicht unterzeichnungsberechtigt waren. Aufgrund der ökonomischen Gegebenheiten in der DDR waren diese Formen des Verkaufs völlig unbekannt. Trotz dieser Anfangsschwierigkeiten betrachtet die Interviewpartnerin die Entwicklung der Behindertenhilfe als positiv.

Die Auseinandersetzung mit den neuen Positionen hat von den Pädagogen einen Lernprozess erfordert, der - wie angesprochen - teilweise sehr konfrontativ verläuft. Letztlich aber wird er als Bereicherung für die eigene Entwicklung und auch als Vorteil für die Betreuung behinderter Menschen angesehen. Besonders die Lebenshilfe - so unterstreicht es die Interviewpartnerin - spielt bei der Qualifizierung der Rehabilitationspädagogen eine wichtige Rolle. Keineswegs bedeutet dies jedoch eine generelle Aberkennung beruflicher Erfahrungswerte und wird auch von der Interviewpartnerin vehement abgelehnt.

Beruf als Berufung

Die berufliche Entwicklung der Interviewpartnerin zu DDR-Zeiten ist im oben skizzierten Rahmen verlaufen. Der relativ reibungslose berufliche Übergang von der Leiterin der Fördertagesstätte zur Leiterin des Bereiches Wohnen innerhalb eines neuen Trägers kann aus meiner Sicht auch mit glücklichen Umständen und dem Mangel an vorhandenem Personal erklärt werden. Entscheidend für diesen Verlauf ist aber auch der Wille der Interviewpartnerin, sich selbst weiter qualifizieren zu wollen und die neuen Entwicklungswege, die sich mit der Wiedervereinigung ergeben haben, zu nutzen.

„Es hing immer vom Enthusiasmus und dem Einbringen der Mitarbeiter ab. (...) Für mich war das bis zu meinem Ausscheiden (...) also nicht einfach ein Beruf, sondern eine Berufung.“ Hier sprechen die Hinweise der Interviewpartnerin für sich. So hat sich auch während des Interviews das Bild einer engagierten und kreativen Pädagogin gebildet, die sich bedingungslos für die Belange der ihr anvertrauten Schützlinge, aber auch deren Familien einsetzt. Die Arbeitsbedingungen werden dabei allerdings auch kritisch betrachtet. Die schlechte finanzielle Situation der Einrichtung, die schlechte Ausstattung und der Personalmangel erfordern Improvisationstalent, Geduld und ein Engagement über die reguläre Arbeitszeit hinaus. Der Besuch von Lehrgängen und Weiterbildungen ermöglicht der Interviewpartnerin insbesondere nach der Wiedervereinigung eine Auseinandersetzung mit neuen Leitideen und Methoden. Eine akademisch und wissenschaftlich fundierte Ausbildung für die Arbeit sieht die Interviewpartnerin jedoch nicht unbedingt als Voraussetzung.

Die Erzählungen der Interviewpartnerin hinterlassen den Eindruck, dass man Ressentiments der Gesellschaft mit Offenheit zu begegnen versuchte, um Vorurteile und Unwissenheit in der direkten Begegnung zwischen Menschen abzubauen. Die Frage, ob die Haltung der Bevölkerung durch das System der DDR gefördert wurde, stellt sich m. E. nur in Bezug auf die geringe mediale Präsenz. Die Annahme der „Schulbildungsunfähigkeit“ wurde ebenso akzeptiert wie das „Muss“ von politischen Schulungen. Die Ideologisierung der Pädagogik wurde aus Sicht der Interviewpartnerin weder als störend empfunden noch als Auftrag zur sozialistischen Erziehung verstanden.

Das Engagement der Interviewpartnerin wird vor allem auf der praktischen Ebene deutlich. Zwar wird im Rückblick die fehlende Entwicklung von Integrations- und Selbstbestimmungsprozessen bedauert; doch der Versuch, Veränderungen auf einer höheren administrativen Ebene zu erreichen, wurde nicht unternommen. Im Rahmen der Analyse des Interviews deutet allerdings auch die mehrfache Wiederholung der Worte „im Rahmen unserer Möglichkeiten“ auf eine gewisse Resignation gegenüber den Verhältnissen hin.

Nur Engagement reicht nicht

Dem Förderungspädagogen ist eine „verantwortliche gesellschaftspolitische Aufgabe“ zugewiesen (vgl. Eßbach 1987, 54). Die Mittel für die Realisierung dieses Anspruchs gab es allerdings nicht. Die realitätsfernen Anforderungen der wissenschaftlichen Rehabilitationspädagogik halfen den Pädagogen wenig bei der Lösung alltäglicher und realer Probleme, so lässt sich auf der Basis des Interviews der Sachverhalt resümieren. Auf Dauer ist das Engagement allein allerdings nicht ausreichend. Für eine optimale Förderung braucht es auch entsprechend qualifiziertes Personal, das die Förderung und Begleitung von Menschen mit Behinderung realisieren kann. Für die Phase der DDR ist ferner festzuhalten, dass die geringe gesellschaftliche und politische Anerkennung - gemeint ist hier besonders die Zugehörigkeit zum Gesundheitsministerium statt zum Ministerium für Volksbildung - die Arbeit auch zu einem Kampf um das eigene Berufsverständnis werden ließ. Hier scheint archivierter Schriftverkehr zwischen beiden laut Vereinbarung verantwortli-

chen Ministerien das Desinteresse des Ministeriums für Volksbildung gegenüber Förderungseinrichtungen zu belegen. Pädagogische Verantwortlichkeiten wurden an das Ministerium für Gesundheit abgegeben (vgl. Hübner 2000, 127).

Komplexität betrachten

Obwohl die Meinung von Maaz (1991), die Bürger der ehemaligen DDR als „relativ durchgängig psychisch deformiert“ (Hebborn 1996, 181) zu betrachten, von mir nicht geteilt wird, können emotionale Belastungen und existentielle Sinnkrisen (vgl. Maaz 1991, 180) - ausgelöst durch die Wende - nicht gelehnet werden. Pauschale Aussagen über die Psyche ehemaliger DDR-Staatsbürger sind ebenso wenig möglich wie verallgemeinernde Urteile über den Umgang mit Geistigbehinderten. Individuelles Verhalten wird nicht ausschließlich von einem politischen System determiniert und bedarf somit einer komplexeren Betrachtung (vgl. Hebborn 1996, 182).

Bedeutung des Einzelnen

Der Verdienst der Rehabilitationspädagogen liegt in der Förderung von Kindern und Jugendlichen, die ohne diese Möglichkeiten von jeder Bildung ausgeschlossen geblieben wären. Mit der Einführung des „Grundlagenmaterials zur Gestaltung der rehabilitativen Bildung und Erziehung“ wurden die theoretischen Voraussetzungen geschaffen, „die eine kindorientierte und effektive Förderung ermöglichen“ (Barsch 2007, 219). Besonders das Interview verdeutlicht die Bedeutung des Einzelnen im System der Rehabilitationspädagogik. Die Person des

Pädagogen ist zwar in jeder Betreuungssituation ein wichtiger Faktor. In einem System, das so viele Mängel aufweist und das bei Versagen keinerlei Alternativen für die Menschen mit Behinderung lässt, werden die Arbeitseinstellung und die professionelle Qualifizierung eines jeden Pädagogen zur entscheidenden Größe für die Entwicklung dieser Menschen.

Literatur

BARSCH, S. (2007): Geistig behinderte Menschen in der DDR. Erziehung – Bildung – Betreuung. Oberhausen

EBBACH, S. und Autorenkollektiv (1987): Grundlagenmaterial zur Gestaltung der rehabilitativen Bildung und Erziehung in Rehabilitationspädagogischen Förderungseinrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens der DDR. Berlin

HEBBORN, H. (1996): Wohnen im Umbruch. Menschen mit geistiger Behinderung in den neuen Bundesländern. Mainz

HÜBNER, R. (2000): Die Rehabilitationspädagogik in der DDR. Zur Entwicklung einer Profession. Frankfurt a. M.

KLEE, E. (1993): Irrsinn Ost, Irrsinn West. Psychiatrie in Deutschland. Frankfurt a. M.

MAAZ, H.-J. (1991): Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Berlin

SCHORLEMMER, F. (2000): Absturz in die Freiheit. Was uns die Demokratie abverlangt. 3. Auflage, Berlin

SEIFERT, C. (2008): „Optimale Therapie kommt nur unter optimalen Bedingungen optimal zur Wirkung“. Geistigbehindertenpädagogik in der DDR. Unveröffentl. Diplomarbeit im Fach Erziehungswissenschaft an der Universität zu Köln, Köln

*Christin Seifert, Köln
Diplom-Heilpädagogin
E-Mail: gehenna@gmx.de*

Erwachsenenbildung -

Entwicklungen, Veränderungen, Möglichkeiten in der Praxis der neuen Bundesländer

Erwachsenenbildner – was ist das? Mit dieser Frage muss man teilweise auch heute noch rechnen, wenn man sich in einer unbekannteren Gesellschaft als Erwachsenenbildner vorstellt – und das erst recht, wenn man diesen Beruf in Verbindung mit behinderten Menschen bringt.

Wenn ich eine solche Situation auf die Zeit vor 1990 im Rahmen der DDR beziehe, könnte man leicht zu der Feststellung kommen, dass diese Frage damals gar nicht relevant war. Denn den ausdrücklichen Erwachsenenbildner, so wie wir die Bezeichnung und das Aufgabenfeld heute kennen, gab es damals nicht. Eine solche Einschätzung würde der Betrachtung des Themas und dem Personal in der Behindertenhilfe von damals aber nicht gerecht werden. Dies kann ich zumindest vor dem Hintergrund meiner Erfahrungen und Erlebnisse aus meinem Arbeitsalltag in einer Behinderteneinrichtung in der Oberlausitz in Sachsen und später im Zusammenhang mit meinen Erfahrungen in der Praxis als Erwachsenenbildner so formulieren.

Mit der Darstellung meiner Erfahrungen und entsprechender Einschätzungen befasst sich der folgende Beitrag, mit dem ich Veränderungsprozesse und Anforderungsprofile gleichermaßen aufzeigen werde. Vorwegzuschicken ist, dass es in der DDR für die Gestaltung von Angeboten der Erwachsenenbildung für Menschen mit Behinderung keine Aus- oder Weiterbildung gab. Es gab auch nicht die Blickrichtung für zentrale Aufgabenfelder dieses Personenkreises.

Bedeutet es, dass behinderte Menschen damals überhaupt keine derartigen oder vergleichswise Angebote erfuhren? Ich weiß: sie gab es! Allerdings nicht offen in diesem Zusammenhang, nicht als Angebot unter ausschließlich dieser Bezeichnung und schon gleich gar nicht offiziell und als externes, geschweige denn als zusätzlich (extern) finanziertes Angebot. Angebote mit dem Charakter von Bildung fanden aus meiner Sicht v.a. in den kirchlichen Einrichtungen, in den Heimen, speziell in den Wohngruppen statt. Aus meinem Erlebnisbereich einer Einrichtung, die damals zur Inneren Mission gehörte, gab es diese Angebote für Gruppen, für „Sonder“gruppen, für z. T. auch Einzelpersonen. Aber es wurde nicht offiziell und nicht nach „außen“ in die Gesellschaft getragen. Zu dieser Einschätzung seien im Folgenden ein paar Anmerkungen hinzugefügt.

Angebote für geistig behinderte Menschen waren in der DDR sehr unterschiedlich, v.a. was die Zielgruppen betrifft. So gab es zwar ein offizielles Förderprogramm für Kinder und Jugendliche. Ein strukturiertes, flächendeckendes Angebot für geistig behinderte Erwachsene gab es nicht. Allerdings gab es dafür Ansätze, die innerhalb der Angebote von Förderwerkstätten, Freizeitwerken und Urlauben im Sinne von Selbstverwirklichung und Integration praktiziert wurden. Die kirchlichen Einrichtungen waren dafür (wie für viele andere Dinge) gewissermaßen eine Oase der Möglichkeiten. Die Umsetzung dieser Angebote war abhängig von und möglich durch engagierte Mitar-

Johannes
Tittel



beiter, die diese wichtigen und sinnvollen Aufgaben erkannten und umsetzten. Die Mitarbeiter führten Angebote unter den Bedingungen und Möglichkeiten durch. Intern (in der Einrichtung) und wenn nötig und möglich liefen diese Angebote aber unter der allgemeinen Bezeichnung „Förderung“. Daher ergab sich die Frage auch nach dem Unterschied zwischen Förderung und (Erwachsen-)Bildung. Letztere stand damals jedoch nicht im Vordergrund, sondern das Bemühen, unter den oft sehr schwierigen Bedingungen (staatlich, personell, baulich, strukturell) die Lebensqualität der behinderten Menschen nach den vorhandenen Möglichkeiten zu erweitern. Die Inhalte bezogen sich damals vor allem auf Bereiche des alltäglichen Erlebens und des unmittelbaren Umfeldes der geistig behinderten Menschen.

Entwicklungsschritte und institutionelle Angebote in Sachsen

Ich stelle die These auf: Wenn damals dieser Weg nicht begonnen worden wäre, würden manche Möglichkeiten und Entwicklungen für Menschen mit Behinderungen – u. a. selbständiges Wohnen, Weiter-, Fort-, und Ausbildung in diesem Bereich – heute schwieriger umgesetzt und von den Betroffenen angenommen werden können.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass auch unter dem Blickwinkel des demografischen Faktors die Anzahl von erwachsenen geistig behinderten Menschen enorm zugenommen hat. Auch von diesem Gesichtspunkt aus ist heute von einem wesentlich größeren Aufgabenfeld auszugehen. Nicht außer Acht zu lassen ist dabei auch die Tatsache, dass

sich besonders die gesellschaftlichen und Wohnbedingungen in erheblichem Maß verändert haben. Daher ist es zwingend erforderlich, auch diesen Veränderungen im Rahmen von Erwachsenenbildung Rechnung zu tragen.

Prinzipiell stellen sich die Unterschiede für mich folgendermaßen dar:

Früher:

- Angebote gab es im Wesentlichen in (kirchlichen) Einrichtungen, in Wohngruppen – aber es gab keine (offiziellen) externen Angebote.

Heute:

- Veranstaltungsorte der Erwachsenenbildung sind heute meist entsprechend der jeweiligen Thematik im öffentlichen Leben verankert.
- Es bestehen externe Finanzierungsmöglichkeiten (unterschiedlich in Art, Umfang und Intensität).
- Fachleute kommen z. T. nicht aus dem Bereich der Behindertenhilfe (Theaterpädagogen, Künstler, Physiker u. a.), betreten Neuland und lernen dabei selbst im Umgang mit behinderten Menschen.

Ab ca. 1992 wurden in Sachsen an verschiedenen Orten institutionelle Angebotsformen der Erwachsenenbildung geschaffen. Grundlagen waren dafür finanzielle Unterstützungen und ein hohes Interesse und Engagement bei vielen Anbietern, Einrichtungen und Einzelpersonen. Ohne diesen hohen Einsatz wäre das nicht möglich geworden.

Auch in der Oberlausitz wurden somit Anfang der 1990er Jahre Strukturen für externe und somit einrichtungsübergreifende Angebote geschaffen. Dabei erlebten wir ein sehr hohes Interesse an diesen Angeboten. Dieses Interesse war auf allen

Seiten sehr hoch. Bei den Einrichtungen, den Mitarbeitern in den Wohngruppen und nicht zuletzt bei den Teilnehmenden selbst. Erfreulicherweise entstand in dieser Gegend auch ein großes Interesse und Engagement bei den Anbietern.

Wodurch ist diese hohe Interessen- und Teilnahme-lage zu erklären?

Bereits zu DDR-Zeiten waren die Begriffe Normalisierung und Integration keineswegs Fremdwörter. Die praktische Umsetzung verlief im Wesentlichen intern, abgesehen von nicht zu unterschätzenden Besuchen durch Angehörige oder aufgrund von Kontakten zu Kirchengemeinden. Bezogen auf die aktuellen gesellschaftlichen Umstände bestanden viele Fragen wie: Nach welcher Normalität sollen sich behinderte Menschen ausrichten? Wo hinein sollen sie sich integrieren – oder integriert werden? War es sinnvoll und verantwortungsbewusst, sich dem gesellschaftlichen System zu beugen? Fragen, die oft auch im wahrsten Sinne des Wortes an die Grenzen gingen. Mit dem Mauerfall veränderte sich geradezu alles! Wie wirkten sich die Veränderungen für Menschen mit Behinderung aus?

Veränderungen gab es v. a. bezüglich des Wohnens, der personellen Betreuung, der zustehenden und einzufordernden Rechte, der Gestaltung der Freizeit, der Strukturierung und Abgrenzung u. a. zwischen Wohnen, Arbeit, Bildung und Freizeit. Kurz: Insgesamt hat sich das Lebensumfeld von Menschen mit Behinderung vergrößert, differenziert und intensiviert.

Viele dieser Ansätze und Erlebnisse und v. a. der hohe Bedarf und die Möglichkeiten, damit geistig behinderten Menschen

Chancen zur Verbesserung ihrer Lebensqualität zu vermitteln, waren auch für mich Gründe, mich mit dieser Thematik zu beschäftigen. Außerdem war und ist es mir wichtig, Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Möglichkeiten zu ermöglichen und zu verbessern. Ohne zu wissen, worauf ich mich damit konkret einlasse, versuchte ich in dieser Thematik Fuß zu fassen. Dabei erschien es mir sinnvoll und wichtig, mir entsprechende Grundlagen anzueignen. Diese konnte ich über die Fortbildung zum Erwachsenenbildner erwerben.

Welche Rolle nehmen Angebote der Erwachsenenbildung ein?

Wie bereits beschrieben, wurde in der Region Oberlausitz ab etwa 1992 das Thema Erwachsenenbildung mit öffentlichen Bildungsträgern auf- und ausgebaut. Äußerst wichtig und hilfreich war und ist dabei die Tatsache, dass der externe Bildungsträger in der Region als Bildungsveranstalter Möglichkeiten bietet, ohne die sonst diese Angebote nicht zu realisieren gewesen wären. Hier möchte ich in erster Linie die Volkshochschule Dreiländereck (davor VHS Zittau und VHS Löbau) hervorheben. In der VHS wurden bauliche, räumliche und personelle Bedingungen geschaffen, die sehr vielen Teilnehmern mit unterschiedlichen Voraussetzungen Bildungsmöglichkeiten eröffneten. Im Wesentlichen wurden und werden darüber diese Angebote realisiert.

Extrem wichtig war dabei die Absicherung der Finanzierung, die zum entscheidenden Teil über die Otto-Perl-Stiftung („Stiftung Sächsische Behindertenselbsthilfe – Otto Perl“ mit Sitz in Chemnitz)

geleistet wurde. Dadurch wurde es im Wesentlichen erst möglich, Orte und Durchführung von externen Angeboten der Erwachsenenbildung unabhängig von Einrichtungen zu installieren und zentral anzubieten. Oberstes Ziel war von Anfang an, diese Angebote prinzipiell offen für alle Menschen mit einer geistigen Behinderung zu gestalten, unabhängig von ihren Wohn- und Betreuungssituationen, vom Grad ihrer Behinderungen oder von anderen Einschränkungen. Dazu muss erwähnt werden, dass diese Angebote vorwiegend von Menschen genutzt wurden, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe wohnen. Die hohe Konzentration sowie die Strukturen dieser Einrichtungen speziell hier in Sachsen sind ein Grund dafür. Der andere Grund liegt in der hohen Bedarfs- und Interessenlage der Teilnehmenden.

Somit konnte darüber auch ein wichtiger Beitrag zur Integration sowie zu mehr Akzeptanz und Wertschätzung von Bildungsmöglichkeiten von behinderten Menschen erreicht werden. In den Gebäuden der VHS, im Theater, im Tierpark, in der Sternwarte oder auf dem Marktplatz wurde es ein zunehmend alltägliches Bild, dass sich Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Eigenschaften begegnen, in Kontakt kommen und letztendlich das Gleiche tun – sich bilden!

Allerdings erfordert(e) die Durchführung von Bildungsangeboten dieser Art sehr viel Akzeptanz, Flexibilität und Durchhaltevermögen von allen Beteiligten. Zu diesen gehören Kursleiter, Sozialbetreuer, VHS, Einrichtungen der Behindertenhilfe und deren Mitarbeiter, Fahrdienste, Finanzierer, gesetzliche Betreuer und nicht zuletzt der Teilnehmende selbst.

Zu den Aufgaben und Fragen, die zu klä-

ren waren und immer wieder geprüft und angepasst werden müssen, gehören u. a. Finanzierung, Orte, Fahrdienste, entsprechendes Personal (als Kursleiter, Sozialbetreuer) sowie Entwicklung und Aufbau teilnehmerorientierter Angebotsstrukturen. Oberste Priorität hat dabei immer, sich an den Interessen- und Lebenslagen der Teilnehmenden zu orientieren, ihnen nachzukommen und sich entsprechend darauf einzustellen.

Welche Ziele werden verfolgt?

Über allen folgenden Zielen stand und steht das Bemühen, den Interessenten die Teilnahme ermöglichen zu können. Das ist ein hoher Anspruch, wohl wissend, dass es dabei auch um eine sehr hohe Anzahl von Teilnehmenden mit sehr hohem und vielfältigem Hilfebedarf geht. Ich verwende hier bewusst den Begriff geistig- und schwerstmehrfachbehinderte Menschen, weil er meiner Meinung nach die entsprechend damit verbundenen Herausforderungen und Aufgaben für die Erwachsenenbildung verdeutlicht.

Zunächst ging es darum, allgemeines Interesse an Bildung zu wecken und zu fördern. Darüber hinaus, außerdem Möglichkeiten der sinnvollen Lebensstrukturierung und Freizeitgestaltung zu entwickeln. Es sollten Hilfestellungen entstehen, um einen Prozess von Fremdzumehr Selbstbestimmung in Gang zu setzen, Auswahlmöglichkeiten zu eröffnen, Selbstbewusstsein zu stärken. Weiterhin eigene Begabungen und Neigungen sowie Kompetenzen auszubauen und einzusetzen.

Man kann (muss) dabei in Betracht ziehen, dass oftmals die Teilnahme an

einem Angebot der Erwachsenenbildung nicht unbedingt durch das Thema selbst initiiert war, sondern durchaus auch von allgemeinen Zielen und den damit verbundenen Bildungszielen. Einige dieser Ziele sollen hier angeführt werden:

- Erhöhung der Orientierungsfähigkeit im öffentlichen Leben (z. B. in und zu entsprechenden Orten und Gebäuden)
- Begegnung, Wahrnehmung, Akzeptanz und Auseinandersetzung mit unbekanntem Personen und Situationen
- Loslösung von Fremdbestimmung und Hinführung zu selbständigem Handeln
- Aufbau und Stärkung freier Auswahl- und Entscheidungsfähigkeit
- Erweiterung und Vertiefung von Sozialisation und Normalisierung
- Erhöhung der Selbstbestimmtheit und Selbstständigkeit
- Annahme des jeweiligen Kursortes als Begegnungs- und Bildungsstätte
- Wahrnehmen, Erleben sowie Umgang mit Zeit, Zeitabständen und Dauer

Gerade dieser letzte Gesichtspunkt stellte und stellt für manchen Teilnehmer doch etwas Neues dar. Dazu ein Beispiel:

Ein Teilnehmer des Kurses „Fotografie“ zeigte bei den ersten Veranstaltungen an der Thematik keinerlei Interesse, also auch nicht am Fotoapparat selbst. Dennoch kam für uns nicht in Frage (mit welchem Recht auch?), ihn von der Veranstaltung auszuschließen. Öfters artikuliert er den Wunsch nach Kaffee. Dem konnten wir aus verschiedenen Gründen aber nicht nachkommen. Erst nach mehreren Terminen, bei denen er einfach „nur dabei“ war, zeigte er Interesse. Am Ende des Kurses war er ein begeisterter

Fotograf. Nach einigen Recherchen kam heraus: Am Anfang des Kurses (und v. a. vor dem Kurs) verband der Teilnehmer das Wegfahren mit dem Bus aus der Einrichtung eindeutig mit dem Besuch einer Gaststätte zum Kaffee trinken.

Änderungen durch Angebote

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich folgende Gesichtspunkte aufzählen:

- Differenziertes Bekunden von Interessen
- Aktive Auswahl und in Anspruch nehmen des jeweiligen Kurses sowie Einfordern von Kursthemen
- Annahme des jeweiligen Kursortes als Bildungs- und Begegnungsort
- Erweiterung von Erfolgserlebnissen, Kompetenzerfahrungen und Anwendungsmöglichkeiten sowie deren Weitergabe an andere Personen
- Erhöhung der Konzentrationsfähigkeit und Ausdauerfähigkeit
- Zuwachs an Lern- und Merkfähigkeiten
- Aufbau und Stärkung von freier Auswahl und Entscheidungsfähigkeit

Darüber hinaus konnten die Teilnehmenden selbst erleben und erfahren, welche Kompetenzen und Möglichkeiten sie haben, aber auch wahrnehmen, Grenzen zu erkennen und damit umzugehen. Bedeutsam ist dabei auch die Tatsache, dass die Teilnehmenden sich immer mehr ihrer eigenen Biografie bewusst wurden und diese auch selbstbewusst vertreten.

Auch hierzu ein Beispiel: Ein Kurs im Bereich Politik und Wahlen war vor dem Mauerfall nicht nur undenkbar, sondern hätte auch geradezu für alle Betroffenen erhebliche Nachteile und nicht zu

unterschätzende Konsequenzen zur Folge gehabt. Heute aber ermöglicht die Beschäftigung mit dieser Thematik allen Teilnehmenden, Fragen zur Selbstbestimmung, zum Selbstvertrauen und zum eigenständigen Handeln sowie zu Entscheidungen als wichtig und transparent zu erleben.

Beispielhaft lassen sich im Zusammenhang mit dem Kurs „Politik und Wahlen“ folgende Aspekte benennen:

- Bedeutung von Wählen, Auswählen, Entscheiden im persönlichen Alltag
- Welche Parteien gibt es?
- Was ist eine Partei und welche Aufgaben hat sie?
- Wahrnehmung und Bedeutung von Wahlwerbung (Wahlplakate)
- Wahlablauf
- Wahlhelfer (Arbeit)
- Wen kann man wählen?
- Wer ist gewählt? (Personen)
- Selbst wählen (üben)
- Aufgaben der Gewählten
- Wünsche und Vorstellungen an die Gewählten

Bedeutsam war in diesem Kurs auch das Wahrnehmen der einzelnen Personen, ihrer Meinungen und ihrer Entscheidungen. Dadurch erst kann es gelingen, sich selbst auch als wichtig zu erkennen.

Zusammenfassend möchte ich unterstreichen, dass über Angebote der Erwachsenenbildung Wahrnehmungs- und Veränderungsprozesse in Gang kommen. Diese sind entscheidend für die Angleichung der Lebensverhältnisse von Menschen mit und ohne Behinderung. Somit ermöglicht die Teilnahme an Erwachsenenbildungsangeboten eine Steigerung der Lebensqualität.

Damit diese Steigerung der Lebensqualität auch in eine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft mündet, ist auch zukünftig die finanzielle, institutionelle und personelle Unterstützung der Erwachsenenbildung für und mit Menschen mit Behinderung erforderlich.

*Johannes Tittel
Fachpädagoge für Erwachsenenbildung
im Diakoniewerk Oberlausitz e.V.
Am Sportplatz 6
02747 Großhennersdorf
E-Mail: johannes.tittel@diakoniewerk-
oberlausitz.de*

„Ich konnte unheimlich viel lernen“

Bundeskanzlerin Angela Merkel erzählt aus ihrer Heimat in der DDR und ihrem Bezug zum Thema Behinderung

Der Anlass war ein besonderer. Und die Bundeskanzlerin ließ es sich nicht nehmen, selber als GratulantIn zu kommen. Ging es doch um das Jubiläum der Bundesvereinigung Lebenshilfe, das im Rahmen eines Festivals in Berlin gefeiert wurde. Anlässlich der Eröffnung des Lebenshilfe-Festivals „Blaues Wunder“ am 6. Juni 2008 in Berlin beglückwünschte Bundeskanzlerin Angela Merkel die engagierten Mitstreiter – Menschen mit Behinderung, Eltern und Angehörige, Vorstand und hauptamtliche Mitarbeiter – zu 50 Jahren Lebenshilfe. Und was sie in ihrer Ansprache auch zum Ausdruck brachte, verdeutlicht einen Einblick in eine Zeit lange vor dem Mauerfall und in die Veränderungsprozesse der letzten zwanzig Jahre. Sie berichtet von ihren eigenen Erfahrungen im Umgang mit dem Thema Behinderung in ihrer Heimatstadt in der früheren DDR.

Der folgende Text bietet einige Auszüge aus ihrer Ansprache in der Berliner Kulturbrauerei:

(...)

Wie man weiß, bin ich in der früheren DDR aufgewachsen, und zwar in der Stadt Templin, auf dem Waldhof. Der Waldhof war eine Einrichtung für geistig behinderte Menschen, die von der evangelischen Diakonie nach dem Prinzip von Bodelschwingh geführt wurde. Ich hatte eine sehr schöne Kindheit, weil ich überall mit dabei sein konnte, zum Beispiel wenn geistig Behinderte in der Landwirtschaft, in der Gärtnerei, in der Tischlerei oder in der Schmiede gearbeitet haben.

Ich konnte da als Kind immer hin und her wandern, unheimlich viel lernen und mit den geistig Behinderten viele, viele Gespräche führen. Dort gab es auch eine Kinderstation. Diese Station war eigentlich etwas sehr Trauriges, weil sich die DDR damals um geistig behinderte Kinder sehr, sehr wenig gekümmert hat.

Nach und nach haben wir aus der Bundesrepublik gehört, dass es so etwas wie Musiktherapie gibt und was man alles machen kann, um Menschen Freude zu bereiten, wie Menschen unglaublich viel lernen können, auch wenn sie geistig behindert sind. Viele, die in diesen Heimen gearbeitet haben, haben das in privater Arbeit oder durch westdeutsche Verwandte und Bekannte gelernt. Die Kirchen haben sich gegenseitig geholfen. Für mich ist mit eine der schönsten Sachen, die mit der Deutschen Einheit verbunden sind, die, dass man sich endlich um jeden Menschen gleich kümmert und dass versucht wird, geistig Behinderten zu ermöglichen, das zu zeigen, was in ihnen steckt – und da steckt viel mehr, als man am Anfang manchmal denkt. Dafür, glaube ich, müssen wir alle in unserer Gesellschaft auch weiter gemeinsam kämpfen.

Aus meiner Kindheit ist mir sehr in Erinnerung geblieben, dass, wenn ich als Schülerin von der Schule nach Hause gefahren bin und zu meinen Freunden gesagt habe: „Kommst mich doch auf dem Waldhof besuchen“, am Anfang manche Angst hatten, weil sie den Umgang mit geistig Behinderten nicht kannten. Ich habe immer dafür geworben und habe

gesagt: „Ihr braucht keine Angst zu haben. Das ist ganz prima.“ Ich glaube, wir müssen alles tun, um die unausgesprochenen Grenzen aufzubrechen, die es oft noch zwischen denen gibt, die sagen „Wir sind geistig nicht behindert“ und denen, die sagen „Wir sind geistig behindert“. Wir müssen einfach die Dinge miteinander tun, die man sonst auch gerne macht: miteinander singen, spielen und arbeiten, miteinander lachen und auch einmal miteinander traurig sein. Das ist das Allerwichtigste. Wir gehören alle zusammen. Man nennt das Teilhabe am integrierten Leben. Deshalb sind die integrierten Einrichtungen – vom Kindergarten bis zur Schule und zu den Berufsstätten – so wichtig.

(...)

Wir haben uns mit der Konvention Mühe gegeben (gemeint ist das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ – kurz: UN-Behindertenrechtskonvention, die Anfang 2009 von Deutschland ratifiziert wurde, Anmerkung Redaktion). Das war mit schwierigen sprachlichen Angelegenheiten verbunden.

(...)

Ich werde mir auch den Brief anschauen. Eine großartige Idee habe ich jetzt noch



Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit Mitgliedern der Musikgruppe Brenz Band aus Ludwigsburg im Rahmen der Jubiläumsfeier in Berlin zum 50-jährigen Bestehen der Bundesvereinigung Lebenshilfe.

Foto: BV Lebenshilfe

nicht, aber vielleicht können wir uns noch einmal zusammensetzen, wenn geistig Behinderte fragen, ob man nicht ein anderes Wort finden kann (die Bundeskanzlerin meint hier die Bezeichnung „geistige Behinderung“, Anmerkung Redaktion). Auf jeden Fall müssen Sie wissen: Selbst wenn ihnen das Wort nicht so gut gefällt, ist es heute nicht mehr ein Ausschlussgrund – sie gehören ja zur Gesellschaft – oder etwas Schlechtes, sondern es ist so, dass man für bestimmte Dinge Namen haben muss.

(...)

Deshalb lassen Sie uns doch miteinander in ein Gespräch eintreten, wie wir das etwas besser beschreiben können. Vielleicht finden wir einen Namen. Ich bin offen, denn wir wollen uns gegenseitig helfen. Ob es nun um Belange gehen mag, die das Arbeits- und Sozialministerium betreffen, ob es bei Frau Schmidt um Gesundheitsfragen geht, bei Ursula von der Leyen um Familienfragen oder ob es um Rechtsfragen, um europäische Belange geht – wir versuchen immer, Sie mit einzubeziehen.

(...)

Aber ich gehöre auch zu den Menschen, die nicht immer das Blaue vom Himmel versprechen wollen. Das ist auch wichtig.

(...)

Quelle: Regierung online (2008): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Eröffnung des Lebenshilfe-Festivals „Blaues Wunder“ am 6. Juni 2008 in Berlin. Presseinformation vom 06.06.2008; online unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2008/06/2008-06-06-merkel-lebenshilfe.html>; Stand: 23.01.2009

Der Mauerfall – Eindrücke und Materialien zur deutschen Vergangenheit

Einen Einblick in die historische Dramatik vor zwanzig Jahren liefert ein Text von Manfred Görtemaker „Zusammenbruch des SED-Regimes“ (Informationen zur politischen Bildung - Heft 250) Bundeszentrale für politische Bildung; http://www.bpb.de/publikationen/EX8KFJ,7,0,Zusammenbruch_des_SEDRegimes.html#art7; Stand: 16.02.2009):



Es gibt reichlich Materialien, die das bedeutsame und historische deutsche Thema aufgreifen: den Mauerfall. Besonders findet die Thematik natürlich in den Medien ihren Platz. Rundfunk- und Fernsehsender, öffentlich-rechtlich und privat, haben z. B. bereits in der Vergangenheit viele – teilweise mehrteilige – Beiträge zum Mauerfall produziert und gesendet. Die sogenannten Printmedien – Zeitungen und Zeitschriften – tun ihr Übriges. Im Folgenden seien ein paar Hinweise gegeben, die für die Erwachsenenbildung interessant sein könnten.

Die "Chronik der Mauer" ist eine Kooperation von Deutschlandradio, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam. Sie stellt das derzeit umfangreichste multimediale Informationsangebot dar, das neben einer Chronologie der Geschichte der Mauer und umfangreichen Textquellen einschließlich Sekundärliteratur, Link- und Filmlisten O-Töne und Reportagen aus Ost und West enthält, die einen Querschnitt aus 28 Jahren Mauer abbilden.

Ebenso stehen in Kooperation mit der ARD und der Deutschen Welle Themenbeiträge zur Entwicklung in der DDR und zum Fall der Mauer zur Verfügung. Darüber hinaus dokumentiert eine Vielzahl von Fotografien, was 15 Jahre nach dem Fall der Mauer noch an Mauer und Todesstreifen erinnert. Und außerdem präsentiert die Seite erste Ergebnisse eines gemeinsamen Projektes der Gedenkstätte Berliner Mauer und des Zentrums für Zeithistorische Forschung über die tatsächliche Anzahl der Todesopfer an der Berliner Mauer. Zielgruppe der Webseiten sind alle politisch und historisch Interessierten.

Internetseiten bzw. Links

<http://www.chronik-der-mauer.de/>
<http://www.bpb.de/publikationen/>
<http://www.stiftung-aufarbeitung.de>
<http://www.sfb580.uni-jena.de/typo3/>
<http://www.wdr.de/tv/hartaberfair/sendungen/2009/20090204.php5?akt=1>
http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/ThemenAZ/AufbauOst/aufbauost-2008-07-14-solidarpakt_20ii.html

„Es geht doch – und wie!? Erwachsenenbildung für alle“

Fachtag – Jubiläumsfeier – Mitgliederversammlung der GEB

Aus drei besonderen Schwerpunkten bestehen die Aktionen der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung (GEB) im Rahmen ihres Jubiläumsjahres 2009.

„*Es geht doch – und wie!? Erwachsenenbildung für alle. Zwischen Zielgruppenorientierung und Inklusion*“ lautet das Motto des Fachtages, mit dem die GEB den inhaltlichen Auftakt anlässlich ihres 20-jährigen Jubiläums gestaltet. Am 23. Oktober 2009 findet dieser Fachtag in der Evangelischen Tagungsstätte Wildbad in Rothenburg o. d. T. statt.



Mit Blick auf das 20-jährige Engagement der Gesellschaft setzt sich der Fachtag mit unterschiedlichen Aspekten innerhalb der Erwachsenenbildung auseinander. Erwachsenenbildungsangebote für Menschen mit Behinderung haben sich mittlerweile etabliert. Und doch stehen sie auch beständig unter Rechtfertigungszwang und in der Gefahr des Rotstifts. Gleichzeitig haben sich die Prinzipien und Leitideen weiterentwickelt. Ist Integration auch in der Erwachsenenbildung möglich?, so lautet weiterhin eine zentrale Frage. Eng verbunden mit dieser Frage ist die Herausforderung der Inklusion. Ist Inklusion eine Vision oder ein Trugbild?, so lässt sich eine weitere zentrale Frage formulieren.

Zum 20-jährigen Bestehen der GEB will dieser Fachtag den Austausch zu u. a. folgenden Themen ermöglichen:

- Wie steht es um die Erwachsenenbildung für Menschen mit Behinderung in Deutschland?
- Wie weit ist Integration fortgeschritten?
- Was steckt hinter dem Begriff „Inklusion“?
- Welche aktuellen Projekte gibt es?

Mit ihrem Fachtag wendet sich die GEB vor allem an ErwachsenenbildnerInnen, TeilnehmerInnen und Interessierte von Erwachsenenbildungsangeboten, EntscheidungsträgerInnen in Institutionen sowie WissenschaftlerInnen im Bereich von Bildung und Erwachsenenbildung. Den zweiten Schwerpunkt im Jubiläumsjahr bildet die Jubiläumsfeier. Sie findet im Anschluss an den Fachtag am 23. Oktober ab 19 Uhr ebenfalls in der Evangelischen Tagungsstätte Wildbad statt. Neben dem geselligen Austausch und einem Festbankett wird das 20-jährige Jubiläum mit kulturellen Einlagen gefeiert.

Schließlich bildet die Mitgliederversammlung der GEB den dritten Schwerpunkt. Die GEB führt ihre Mitgliederversammlung am 24. Oktober in der Zeit von 10 bis 12.30 Uhr in der Evangelischen Tagungsstätte Wildbad durch (siehe auch Einladung auf der nächsten Seite).

Weitere Informationen zu den Aktivitäten und für Anmeldungen bei:

Heike Bücheler, Ringstr. 6, 77966 Kappel-Grafenhausen, Tel.: 07822/867175
E-Mail: heike.buecheler@t-online.de
Informationen auch auf: www.geseb.de

Einladung

zur ordentlichen Mitgliederversammlung der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland

Liebe Mitglieder,

hiermit laden wir Sie sehr herzlich ein
zur Mitgliederversammlung 2009

Samstag, 24. Oktober 2009,
von 10.00 bis 12.30 Uhr

in der
Evangelischen Tagungsstätte Wildbad
Taubertalweg 42
91541 Rothenburg o. d. T.
Telefon +49(0)9861-977-0

Die Versammlung findet statt im
Anschluss an den Internationalen Fach-
tag und die Jubiläumsfeier der Gesell-
schaft am 23. Oktober 2009 (siehe auch
Ankündigung in diesem Heft).

Tagesordnung

1. Begrüßung und Wahl des
Versammlungsleiters
2. Genehmigung des Protokolls der
letzten Mitgliederversammlung
3. Geschäftsbericht des Präsidiums
4. Bericht der Kassenprüfer/-in
5. Aussprache
6. Entlastung des Präsidiums
7. Neuwahlen zum Präsidium
8. Anträge, Aussprache und Beschlüsse
9. Verschiedenes

Senden Sie bitte weitere Tagesordnungs-
punkte oder Anträge für die Mitglieder-
versammlung bis zum 1. September
2009 an die Präsidentin
Gaby Kagemann-Harnack
Bergrade 17
23898 Duvensee
E-Mail: kagemann-harnack@geseb.de

Senden Sie bitte ebenfalls bis zum 1.
September 2009 Wahlvorschläge für die
Ämter des Präsidiums an
Almuth Mix
Postfach 870228
13162 Berlin
E-Mail: kontakt@geseb.de

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie
aktiv an den Vorbereitungen zur Mit-
gliederversammlung mitwirken können
und wenn wir Sie dann in Rothenburg
o. d. T. begrüßen dürfen.

Mit herzlichen Grüßen von allen
Mitgliedern des Präsidiums

Gaby Kagemann-Harnack
Präsidentin



Austausch zur politischen Bildung – Jubiläumstreffen der FachpädagogInnen

Lars
Elster



Ihr 10. FachpädagogInnentreffen führte die Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V. (GEB) zum zweiten Mal in Form einer inklusiven Fachtagung für Menschen mit und ohne Behinderung durch. Im Mittelpunkt der dreitägigen Veranstaltung im Herbst letzten Jahres stand das Thema „Politische Bildung“. Organisiert und durchgeführt wurde das Treffen vom Fortbildungsausschuss der GEB.

ErwachsenenbildnerInnen, ExpertInnen und Interessierte mit und ohne Behinderung waren Anfang Oktober in Rothenburg o. d. T. für intensive Diskussionen und anregende Gespräche zusammengekommen. Heike Bücheler und Lars Elster vom Fortbildungsausschuss der GEB begrüßten die TeilnehmerInnen. Auf kreative Weise, in Form eines selbstgestalteten Wahlplakats, stellten sich die TeilnehmerInnen in Kleingruppen gegenseitig vor. Ein Interview von Heike Bücheler und ein Vortrag zum Thema „Notwendigkeit von politischer Bildung“ bildeten am zweiten Tag den Einstieg in die Fachtagung. Dabei wurde bereits anhand verschiedener Gesichtspunkte die Vielfalt des Themas „Politik“ deutlich. In weiterführenden Diskussionen und insgesamt vier Workshops arbeiteten die TeilnehmerInnen weiter am Thema: „Politische Bildung“.

„Warum staubt die Wahlurne ein?“ Unter diesem Motto setzten sich die FachpädagogInnen Anke Petschke und Johannes Tittel gemeinsam mit den TeilnehmerInnen in einem Workshop auseinander. Inhaltlich ging es dabei u. a. um die Vor-

stellung eines Bildungsangebotes zum Thema Politik. Dabei standen methodisch-didaktische Fragen im Mittelpunkt und vor allem das Anliegen, wie Politik für Menschen mit Behinderung greifbar gemacht werden kann.

„Welche Möglichkeiten gibt es, Interessenvertretungen zu gründen und in diesen mitzuarbeiten?“ In diesem Workshop stellte Silvia Linke, Diakonie Mitteldeutschland, und Sven Waldmann, Bildungsbeauftragter in Eisenach, die Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung „Stolperstein“ vor. Es ging dabei vor allem um folgende Fragestellungen: Welche Voraussetzungen sind nötig, um eine Interessenvertretung zu gründen? Wie finanziert sich eine Interessenvertretung? Welche Möglichkeiten der Mitarbeit gibt es?

Im Workshop „Bioethik und Menschenwürde“ stellten Dr. Hans-Werner Scheuing, Leiter des Arbeitskreises „Menschenwürde und Bioethik“, und Uwe Pautsch, Mitglied des Heimbeirates der diakonischen Johannes-Anstalten Mosbach in Schwarzach, diesen Arbeitskreis und seine Aktivitäten vor. Der Arbeitskreis besteht schon seit vielen Jahren und ist einmalig in Deutschland. In den Diskussionen befassten sich die TeilnehmerInnen intensiv mit der Frage, was unter den Begriffen Menschenrechte und Bioethik zu verstehen ist.

„Wie werden politische Bildungsreisen beantragt, durchgeführt und finanziert?“ So lautete das Thema des Workshops von Gaby Kagemann-Harnack, Fachpädagogin und Präsidentin der GEB. Anhand durchgeführter Bildungsreisen erarbei-

tete die Referentin mit den TeilnehmerInnen diese Fragestellungen.

Ein schon traditioneller Kulturhöhepunkt war der Stadtrundgang mit dem Nachwächter durch Rothenburg. Hier hörten interessierte TeilnehmerInnen Interessantes zur Geschichte der Stadt Rothenburg. „Politik (be)-greifen, Demokratie (er)-leben, Gesellschaft (mit)-gestalten“: Die inklusive Fachtagung lud ein, sich mit dem Thema Politische Bildung auseinander zu setzen und sich das Know-how für die Bildungsarbeit vor Ort zu holen. Die Fachtagung bot den TeilnehmerInnen mit und ohne Behinderung Gelegenheit, über Politik und politische Bildung als Bestandteil der Erwachsenenbildung zu diskutieren, zu argumentieren und gemeinsam zu lernen. Eine umfangreiche Börse mit den verschiedensten Materialien zum Thema Politik bot der Büchertisch der GEB in bewährter Tradition an. Auch die bundesweite Arbeit der GEB lernten die TeilnehmerInnen kennen. Heike Bücheler, Dörte Bernhard und Lars Elster stellten die Arbeit des Präsidiums sowie vom Redaktionsausschuss und Fortbildungsausschuss vor. Die Fachtagung war erneut eine gute Möglichkeit mit Menschen aus unterschiedlichen Kontext in Kontakt zu treten, neue Menschen kennen zu lernen und Neues im Bereich der Erwachsenenbildung zu erfahren.

Über die Fachtagung haben Lars Elster und Werner Steinmüller eine Dokumentation angefertigt, die über das Büro der GEB zu bestellen ist und die an die TeilnehmerInnen der Fachtagung verschickt wird. Die Dokumentation schildert den organisatorischen und inhaltlichen Ablauf der Tagung – unterstützt durch Bilder und eine Audio-CD mit Beiträgen der Tagung.

The image shows the cover of a documentation booklet. At the top left is the logo of the Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V. Deutschland, which consists of a stylized 'E' inside a circle. To the right of the logo is the text: 'Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V. Deutschland'. Below this, in smaller text, are the contact details: 'Postfach 85520, 13145 Berlin', 'E-Mail: kontakt@gebv.de', 'Postbank Berlin, BLZ 12050100, Kontonr. 402210104', and 'Telefon: 030 6663177'. The main title of the booklet is 'Politische Bildung: Politik (be)-greifen – Demokratie (er)-leben – Gesellschaft (mit)-gestalten', enclosed in a rectangular box. Below the title, the event details are listed: '10. FachpädagogInnentreffen', '2. bis 4. Oktober 2008', and 'Rothenburg o. d. T.'. The word 'Dokumentation' is printed in a large, bold font. Below it, a small grey box contains the text 'mit Audio-CD'. At the bottom of the cover, the authors' names are listed: 'Lars Elster und Werner Steinmüller'.

Auf dem Weg zur Inklusion – Kasseler Arbeitskreis setzt sich für barrierefreie Erwachsenenbildung ein

Auf Anregung von Dr. Matthias Windisch (Universität Kassel), Eckard Wörner (Trube-Stiftung Kassel) und Gerhard Klingelhöfer (Volkshochschule Region Kassel) hat sich in der nordhessischen Stadt ein Arbeitskreis gebildet, der das allgemeine Bildungsangebot für alle Menschen mit Behinderung zugänglicher gestalten will. Den aktuellen Überlegungen gingen bereits Bestrebungen voraus, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an öffentlichen Angeboten der Erwachsenenbildung im Rahmen der VHS in der Stadt und dem Landkreis Kassel zu verbessern.

Forum greift Thema auf

Im Rahmen eines Forums, das die VHS Kassel und Universität Kassel gemeinsam veranstalteten, diskutierten bereits im November letzten Jahres Fachleute aus dem Bereich der Behindertenhilfe und Vertreter von Selbsthilfegruppen behinderter Menschen darüber, dass Bildungsangebote für Menschen mit Behinderung im öffentlichen Bereich in der Region zu wenig ausgebildet sind. Die Teilnehmer des Forums verdeutlichten einen erheblichen Bedarf an allgemein zugänglichen und speziellen Bildungsangeboten. Dieser sei schon allein durch die Zahl von behinderten Menschen in Stadt und Land begründet. Die Anzahl von Menschen mit Behinderung wird im Landkreis mit 28.000 und in der Stadt Kassel mit 24.500 Personen beziffert.

Dieser Herausforderung will sich der nun gegründete Arbeitskreis „Erwachsenenbildung für Menschen mit und ohne Behinderung“ stellen. Bei seiner ersten Sitzung im Januar dieses Jahres verabredeten die Teilnehmer ein umfassendes Arbeitsprogramm. Zu den Schwerpunkten gehören Themen wie die Bedarfsanalyse und Entwicklung spezifischer Angebote für das Herbstsemester 2009 und die Überprüfung der Angebote der VHS-Region Kassel in Bezug auf ihre Zugangsmöglichkeit für Menschen mit Behinderung. Es soll aber auch der Informationsbedarf hinsichtlich des Themas Behinderung bei den an der Planung und Durchführung von Weiterbildungsangeboten beteiligten Personen geprüft werden. Schließlich soll die Veröffentlichung der Weiterbildungsangebote aus den Einrichtungen der Behindertenhilfe im VHS-Programm vorbereitet werden. Außerdem will der Arbeitskreis die Entwicklung von Angeboten initiieren, die über Behinderung informieren. Nicht zuletzt geht es dem Arbeitskreis auch um das spezielle Thema Demenz und den enormen Aufklärungsbedarf über den Umgang mit diesem Phänomen. Hierzu sollen ebenfalls entsprechende Bildungsangebote für betreuende Personen entwickelt werden.

Viele Aktive beteiligt

Aktiv im Arbeitskreis sind neben dem Mitinitiator Dr. Matthias Windisch vom

Fachbereich Sozialwesen der Universität Kassel Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Selbsthilfeorganisationen (Mensch zu erst – Netzwerk People First Deutschland sowie der Behindertenbeirat der Stadt Kassel), von Einrichtungen und Initiativen der Behindertenhilfe (Kasseler Werkstatt e.V., Verein Partner für psychisch Kranke im Landkreis Kassel e.V., Baunataler Diakonie Kassel e.V., Verein zur Förderung Behinderter e.V. und Lebenshilfe Kassel e.V.) und nicht zuletzt von der VHS Region Kassel sowie der Kasseler Trube-Stiftung, die seit vielen Jahren unterschiedliches Engagement im Bereich der Behindertenhilfe unterstützt. Zum Gesamtprogramm des Arbeitskreises gehört auch, dass dieser sowohl zielgruppenspezifische als auch integrative Weiterbildungsangebote erschließen will. Der Arbeitskreis übernimmt in seiner Arbeit ferner die Vorbereitung eines weiteren Forums zur Erwachsenenbildung für Menschen mit und ohne Behinderung an der Volkshochschule Region Kassel.
ZEuB



Gleichsam Symbolkraft hat das mittlerweile als Kasseler Wahrzeichen etablierte Kunstwerk „Man walking to the sky“ - der Himmelsstürmer - von Jonathan Borowsky. Während der Documenta 9 stand das Kunstwerk 1992 auf der Mitte des Friedrichsplatzes. Heute befindet sich das ursprünglich 25 m lange Stahlrohr mit einem himmelwärts schreitenden Mann aus Fiberglas auf 2/3 Höhe reduziert auf dem Platz vor dem Kasseler Kulturbahnhof.

„Bildung in Arbeit und Freizeit“

Fortbildung zur FachpädagogIn für Erwachsenenbildung

Die Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e. V. Deutschland bietet die erfolgreiche Fortbildungs-Reihe „Leben und Lernen“ nun zum dritten Mal mit dem neuen Profil an. Die Konzeption wurde den aktuellen Verhältnissen angepasst und neue Schwerpunkte wurden aufgenommen. Die Reihe richtet sich an Interessierte, die in der Erwachsenenbildung mit Menschen mit und ohne Behinderungen arbeiten möchten.

Vor 19 Jahren wurde die Fortbildungs-Reihe ins Leben gerufen, da sich Erwachsenenbildung auch für Menschen mit geistiger Behinderung entwickelte und offensichtlich wurde, dass KursleiterInnen aus der allgemeinen Erwachsenenbildung nicht mit dieser Zielgruppe zurechtkamen oder Berührungspunkte hatten. Die TeilnehmerInnen dieser mittlerweile 16 Fortbildungs-Reihen spiegelten diese Situation auch wider: Zum einen kamen Interessierte aus Einrichtungen der Behindertenhilfe (Wohnbereich, Werkstätten für behinderte Menschen, Freizeit- und Bildungseinrichtungen), zum anderen waren immer auch Fachleute aus der allgemeinen Erwachsenenbildung vertreten (KursleiterInnen, Fachbereichsleitungen), die Informationsbedarf über die Zielgruppe Menschen mit geistiger Behinderung im Zusammenhang mit Bildung hatten.

Berufliche Bildung

Erwachsenenbildung hat weiterhin an Bedeutung in verschiedenen Lebensbereichen von Menschen mit geistiger

Behinderung gewonnen. Vor allem auch im Arbeitsbereich nimmt der Bedarf an professioneller Erwachsenenbildung zu. Deshalb nimmt auch berufliche Bildung im neuen Konzept mehr Raum ein.

Die Fortbildungs-Reihe besteht aus 5 Seminarblöcken, die thematisch gewichtet sind, aber alle um Erwachsenenbildung in verschiedenen Lebensbereichen kreisen. Die Blöcke 1 bis 4 erstrecken sich jeweils über fünf Tage (von Montag bis Freitag), der 5. Block, das Kolloquium, dauert drei Tage.

Im ersten Seminarblock geht es um allgemeine Grundsätze und Prinzipien der Erwachsenenbildung in unterschiedlichen Lebensbereichen sowie um Einstellungen und Haltungen der TeilnehmerInnen und der Gesellschaft gegenüber Bildung und der Zielgruppe Menschen mit geistiger Behinderung. Überlegungen zu Integration in allgemeine wie zielgruppenspezifische Angebote werden angestellt.

Der zweite Seminarblock widmet sich spezifisch dem Thema Erwachsenenbildung bei geistiger Behinderung sowie Seniorenbildung als zielgruppenspezifischem Angebot nicht nur für SeniorInnen mit geistiger Behinderung. Dabei werden auch Konzepte zum Übergang in den Ruhestand kennen gelernt. Verschiedene Konzepte und methodische Modelle werden vorgestellt, die Lernen besonders begünstigen. Neuropsychologische Grundlagen des Lernens werden diskutiert. Aber auch die Planung, Finanzierung, Organisation von Bildungsangeboten in Arbeit und Freizeit werden durchgespielt, Strategien zur Werbung, Mitarbeitergewinnung und -pflege entworfen.

Der dritte Seminarblock hat Informationen zum und Konzepte des Sozial-Managements sowie berufliche Bildung zum Inhalt. Am Beispiel von Angeboten im Berufsbildungsbereich werden Organisationsformen, Öffentlichkeitsarbeit und Werbestrategien sowie Finanzierungsmodelle für Einrichtungen entworfen.

Der vierte Block setzt Bildungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen (wie Menschen mit schwerstmehrfacher Behinderung, Menschen mit leichter geistiger Behinderung) in den Mittelpunkt. Die TeilnehmerInnen können nochmals ihren individuellen Schwerpunkt wählen und vertiefen.

Zum Schluss der Fortbildungs-Reihe steht das Kolloquium. Als theoretischer Abschluss fertigen die TeilnehmerInnen eine Facharbeit zu einem Bildungs-Projekt an, das sie während der Fortbildung in einem Lebensbereich durchgeführt haben. Während des Kolloquiums wird diese Facharbeit reflektiert und der Gruppe präsentiert.

Die Handlungs- und Praxisorientierung ziehen sich wie ein roter Faden durch die ganze Fortbildungs-Reihe. Die theoretischen Inhalte werden gleich im Seminar in die Praxis der TeilnehmerInnen übertragen. In kleinen Lerngruppen treffen sich diese zusätzlich zwischen jedem Seminarblock und können so vor Ort in ihrer Alltagswirklichkeit weiterarbeiten.

Sehr oft entstehen dabei institutions- und bundesländerübergreifende Bildungs-Projekte für Menschen mit geistiger Behinderung.

Die berufsbegleitende Fortbildungs-Reihe erstreckt sich über zwei Jahre und findet an folgenden Terminen statt:

- Seminarblock 1: 30. November bis 4. Dezember 2009
- Seminarblock 2: 19. bis 23. April 2010
- Seminarblock 3: 22. bis 26. November 2010
- Seminarblock 4: 4. bis 8. April 2011
- Seminarblock 5: 2. bis 4. November 2011

Tagungsorte sind die Evangelische Tagungsstätte Wildbad in Rothenburg ob der Tauber sowie das Gut Aufeld in Ingolstadt. Im dritten Block wird dort das Berufsbildungswerk der Lebenshilfe Ingolstadt besucht und berufliche Bildung vor Ort reflektiert.

Informationen bei Heike Bücheler, Ringstr. 6, 77966 Kappel-Grafenhausen, Tel.: 07822 867175, Fax: 07822 867176, Heike.Buecheler@t-online.de.

ZEuB

„Nichts über uns ohne uns“ – oder: „Politik geht alle an“

Franz
Schweitzer



Lothar
Heusohn



Ein Bildungsangebot mit besonderer Note bietet die Ulmer Volkshochschule seit 1999 für Menschen mit geistiger Behinderung oder Lernschwierigkeiten jeden Sommer an: die Sommerschule. Dort finden Menschen mit Behinderungen ein qualifiziertes Angebot an Erwachsenenbildungskursen - vom „Kochen mit Spaß“ und „Lesen und Schreiben“ über „Nordic Walking“ und die „Computerwerkstatt“ bis hin zu „Easy English“ und „Entspannung bei Tanz und Märchen“ oder „Strom aus Sonne, Wind und Wasser“. Und nicht zuletzt und ganz bewusst: Politik. „Die deutsche Wiedervereinigung“, „Wie war das mit Hitler?“, „Wählen gehen“, „Bildungsreise nach Berlin“ und „Politik geht alle an“ – so hießen die Politikurse der Ulmer Sommerschule in den vergangenen zehn Jahren. Doch nicht nur diese – im engeren Sinne politischen – Bildungsthemen fanden Eingang ins Programm, sondern auch Themen im weiteren politischen Umfeld, etwa Fortbildungen für neu gewählte Heimbeiräte zur praktischen Verwirklichung des Postulats von Partizipation und Teilhabe.

Auch wenn bereits im „Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen“ 2003 der Grundsatz vertreten wurde, dass „nichts über uns ohne uns“ geschehen solle – so ist es doch vielen Menschen mit geistiger Behinderung nach wie vor nur schwer möglich, ihre eigenen Angelegenheiten aktiv (mit) zu gestalten. Noch immer wird häufig für sie und über sie entschieden.

Deklaration von Madrid

In der „Deklaration von Madrid“, die im März 2002 vom Europäischen Kongress der Behinderten ausgerufen wurde, stehen drei zentrale Botschaften im Mittelpunkt:

- Teilhabe verwirklichen
- Gleichstellung durchsetzen
- Selbstbestimmung ermöglichen

Wörtlich heißt es dort unter anderem:
„... weg von behinderten Menschen als Objekte der Wohltätigkeit ... und hin zu behinderten Menschen als Inhaber von Rechten ...
... weg von der Gestaltung von Wirtschafts- und sozialen Prozessen für die wenigen ... und hin zur Gestaltung einer flexiblen Welt für die vielen.“

Die hauptsächlich an einer Schädigung orientierte Sicht soll abgelöst werden durch eine Perspektive, die das Ausmaß gesellschaftlicher Integration und Teilhabe zum Maßstab von Behinderung macht. Anders formuliert: Behinderung ist kein Grund, davon betroffene Menschen in ihrer gesellschaftlichen und politischen Partizipation auszuschließen und zu bevormunden. In den Worten der „Deklaration von Madrid“:
„Es ist notwendig, eine Bildung für alle zur erreichen, die auf den Prinzipien der vollen Teilhabe und Gleichberechtigung beruht. ... Das Bildungssystem muss die Hauptrolle spielen, um eine persönliche

Entwicklung und soziale Einbeziehung zu sichern... Das Bildungssystem ist der erste Schritt zu einer einbeziehenden Gesellschaft.“

Hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt für alle Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Prozesse von Bildung und lebenslangem Lernen gehören für immer mehr Menschen zu einer selbstverständlichen Möglichkeit und Anforderung in ihrem Leben. Als „elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge“ müssen sich viele der Einrichtungen allerdings fragen, ob und inwieweit sie auch Menschen mit Behinderung Teilhabe wirklich ermöglichen.

Klare Ziele

Zunächst: Die verbreitetsten Institutionen der Erwachsenenbildung – die Volkshochschulen – organisieren nach ihrem Selbstverständnis Bildung für Menschen aller Altersgruppen, jeden Geschlechts, jeder Schicht und jeder Kultur. Sie verbinden damit das Ziel,

„Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die erforderlich sind, um sich unter den gegenwärtigen Lebensbedingungen in allen Bereichen unserer Gesellschaft zurechtzufinden. Die Volkshochschule bietet dazu Hilfen für das Lernen, für Orientierung und Urteilsbildung, für Eigeninitiative und Eigentätigkeit an“ (Präambel der Satzung der vhs Tübingen).

Dabei geht es bei Bildung – im Unterschied zu verkürzten Vorstellungen – vor allem um die Aneignung von Lebenskompetenz. In diesem Sinne ist Bildung auch zu sehen als Befähigung zur eigenbestimmten Lebensführung, als „Empowerment“ (Befähigung, Ermächtigung), als Aneignung von Selbstbildungsmög-

lichkeiten. Bilden heißt, sich ein Bild von der Welt zu machen. Ziel muss somit die uneingeschränkte Teilnahme von Menschen mit Behinderungen an allgemeinen Bildungsangeboten unter Bereitstellung der erforderlichen Unterstützung sein.

Umsetzung in der Praxis

So weit die Theorie. Wie aber sieht es in der Praxis von Bildungseinrichtungen aus? Behinderte Menschen besuchen inzwischen an Volkshochschulen Mal- und Kochkurse, Entspannungs- und Computerkurse – eine Tatsache, die mittlerweile breite Akzeptanz gefunden hat, auch bei vielen (nicht allen) sogenannten „nicht-behinderten“ Menschen. Aber ausgerechnet Politik?

Vielfach wird noch immer davon ausgegangen, dass Menschen mit geistiger Behinderung nur Interesse an nachvollziehbaren, praktischen Tätigkeiten haben, nicht aber an scheinbar abstrakten Zusammenhängen und Entscheidungsprozessen. Wie aber soll Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung in der Praxis aussehen, wenn Menschen mit Behinderung von vornherein das Interesse oder die Fähigkeit abgesprochen wird, sich mit politischen Fragestellungen zu beschäftigen? Sicher, für manche Menschen mit schweren Behinderungen beginnt Teilhabe vielleicht bei der Möglichkeit, beim Frühstück zwischen Honig und Marmelade zu wählen. Für andere kann es darum gehen, in der Wohngruppe mitzuentcheiden, wohin der nächste Ausflug geht. Und hier sind doch, so werden nun viele sagen, pädagogische Antworten gefragt. Was aber, wenn es darum geht, sich zum Beispiel als Heim-

beirat oder Werkstattrat in die Belange im Wohnheim oder in der Werkstatt einzumischen oder an Wahlen zum Gemeinderat oder zum Bundestag teilzunehmen?

Zum Beispiel: Die Rolle einer Interessenvertretung von Heimbewohnerinnen und -bewohnern gegenüber der Heimleitung und dem Heimträger im Sinne eines Mitwirkungsrechts stellt beachtliche Ansprüche an die Mitglieder; sie sind Vermittler und Bindeglied zwischen Heimleitung und Bewohnerschaft. Von daher sind hier wichtige Ansatzpunkte, um Konzepte von Teilhabe praktisch umzusetzen. Dazu ist es einerseits erforderlich, Informationen über die gesetzlichen Grundlagen des Arbeitens formell zu erwerben, aber ebenso und insbesondere an den persönlichen Voraussetzungen anzusetzen: Was heißt Interessenvertretung bzw. Engagement für andere Menschen? Wie lassen sich eigene Interessen und die Interessen Anderer trennen? Wie kommt man zu Gruppenentscheidungen? Wie kommuniziert man miteinander? Lassen sich Konflikte vermeiden? Ist es notwendig, Konflikten stets aus dem Weg zu gehen? Welche Möglichkeiten der Konfliktbewältigung gibt es? Wie geht man mit Minderheitspositionen um? Wie werden Entscheidungen nach außen kommuniziert und praktisch umgesetzt? Wie gelingt es, Standpunkte gegenüber Autoritäten (Heimleitung, Fachkräften) zu vertreten?

Voraussetzungen schaffen

Sehr deutlich ist bei all diesen Fragen die hohe Bedeutung des Selbstbewusstseins. Menschen, deren alltagspraktische Erfahrung darin besteht, dass über sie bestimmt wird, gelingt es verständlicherweise nicht ohne weiteres, diese elemen-

tare Lebenserfahrung abzustreifen, nur weil sie neu in eine Funktion (in diesem Falle die Funktion der Heimbeirätin bzw. des Heimbeirats) gewählt wurden. Übungen zur Entwicklung von Selbstbewusstsein und generell das ständige Üben der wesentlichen Voraussetzungen zur Ausübung von Mit- und Selbstbestimmung sind daher maßgebende Elemente.

Ganz gleich, ob in diesem Feld der Mitbestimmung bei der Gestaltung lebenspraktischer Fragen oder im Feld der Anteilnahme an originär politischen Entscheidungen: Hier wie dort geht es um unterschiedliche, manchmal gegensätzliche Interessen, um das Finden von Kompromissen, darum, Zusammenhänge besser zu verstehen, und zwar im Alltäglichen wie im sogenannten „Großen“. Es geht also im besten Sinne des Wortes um Politik, um das, was mich selbst betrifft, und um das, was auch Andere angeht.

Unsere Erfahrungen in Ulm sind: Menschen mit geistiger Behinderung – sicher nicht alle, wie ein Großteil der Bevölkerung übrigens auch – haben nicht selten ein großes Wissen über Geschichte, über Geografie, über Geschehnisse in anderen Ländern. Sie sehen jeden Abend die „Tagesschau“, lesen manchmal Zeitung oder Bücher. Aber nur selten haben sie Gelegenheit, sich mit Anderen darüber auszutauschen, Fragen zu stellen und so Zusammenhänge (besser) zu verstehen. Oder eventuell schwierige Themen ganz einfach erklärt zu bekommen und sich dann eine eigene Meinung dazu zu bilden.

Bildungsangebote wenden sich von ihrem Konzept her an den ganzen Menschen: An seinen Geist und sein Denkvermögen, seine sozialen Fähigkeiten, seine Kreativität, seine Gefühle, seinen Körper und an seine Erfahrungen. Das gilt selbstverständlich auch für Menschen

mit Behinderungen. Wenn dem jedoch so ist, dann müssen Bildungskurse für diese Personengruppe an jeder Volkshochschule ihren Platz haben: Beim Tanzen und Malen, beim Kochen, in Computerkursen, beim Lesen und Schreiben, bei der Entspannung ... und in der Politik. Denn: „Politische Bildung hat die Aufgabe, die Menschen zu befähigen, dass sie ihren gesellschaftlichen Standort und ihre Interessen erkennen und über politische Probleme urteilen und dann handeln können“ (H. Drechsler, W. Hilligen, F. Neumann, Lexikon der Politik, München 2003).

Franz Schweitzer und Lothar Heusohn
Ulmer Volkshochschule
Kornhausplatz 5
89073 Ulm
schweitzer@vh-ulm-sommerschule.de
heusohn@vh-ulm.de
www.vh-ulm-sommerschule.de



Natürlich auch im politischen Themenfeld der Volkshochschule Ulm in diesem Jahr vertreten: die Wende von 1989.

Aktuelles aus Österreich

Kulturhauptstadt Linz09 und das Thema Behinderung

Die oberösterreichische Landeshauptstadt Linz ist in diesem Jahr europäische Kulturhauptstadt. Im Rahmen des Jahresprogramms Linz09 macht auch das Kulturfestival *sicht:wechsel* einen besonderen Schwerpunkt aus.

Kunst von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung gehören zum selbstverständlichen Teil des Kulturprogramms.

Internationale integrative Theater- und Tanzensembles und bildende KünstlerInnen kommen 2009 nach Linz. Sie stellen ihre innovati-



ven Arbeitsweisen vor und tauschen sich mit der heimischen Kunstszene aus – jenseits aller Behinderungen. Rund um die Gastspiele werden Kooperationen, Fort- und Weiterbildungen angeboten. So entsteht und wächst ein Dialog, ein Garant, dass professionelle heimische Kulturarbeit von und mit Menschen mit Beeinträchtigung nachhaltig gefördert wird.

2009 setzt das Internationale Integrative Kulturfestival vier Schwerpunkte: *sicht:wechsel* tanzt, spielt, bewegt und tagt. Die Programmpunkte sind über das Jahr verteilt und in den normalen Kulturablauf der Stadt eingebunden. Informationen zu den vielfältigen Angeboten liefert die Internetseite: www.sicht-wechsel.at.

ZEuB

sicht:wechsel09
● INTERNATIONALE INTEGRATIVE KUNST

„Auch wir sind Europa“

Susanne
Siebert

Unter dem Motto „Auch wir sind Europa“ besteht seit 2007 eine europäische Lernpartnerschaft. Das sich über vier Länder erstreckende Projekt befasst sich mit der politischen Bildung von Menschen mit geistiger Behinderung. Das Projekt wird durch die Europäische Union über das Bildungsprogramm „Lebenslanges Lernen – Grundtvig“ gefördert. Es verfolgt das Ziel, dass Menschen mit geistiger Behinderung Länder Europas kennen lernen und sich als EU-Bürger fühlen.

Die Kooperationspartner dieses Projektes sind die Organisationen „Jugend am Werk“ aus Österreich, „Dichterbij“ aus den Niederlanden, „Stowarzyszenie Benedictinum“ aus Polen und aus Deutschland das HPH-NETZ Mittelrhein Ost, ein Verbund von Appartements und Wohngruppen in der Trägerschaft des Landschaftsverbandes Rheinland.

Im Rahmen des Projektes finden Reisen in die teilnehmenden Länder statt. So gab es 2007 ein Treffen in Wien. Zwei Reisen in 2008 führten nach Polen sowie nach Bonn. Die letzte Reise führte im April 2009 in die Niederlande sowie nach Brüssel.

Die Reisen vermitteln Informationen über die Länder, deren Kultur und Politik sowie die Lebensbedingungen von Menschen mit geistiger Behinderung. Neben diesen Lerninhalten steht die Begegnung und Kommunikation von Menschen mit Behinderung im Vordergrund.

Im Zentrum stehen die Themen „Ich bin ein Teil der Gesellschaft“, „Ich habe als Bürger Rechte und Pflichten“, „Ich habe eine Stimme“ und „Ich bin Vertreter einer Nation in diesem Projekt und habe Multiplikatorenfunktion“. Die Reisen selbst und die vorbereitenden Workshops in

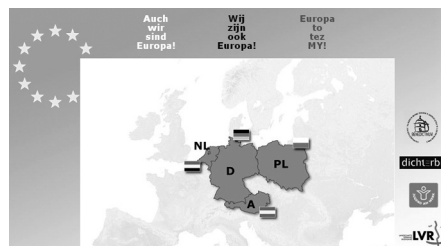
den beteiligten Organisationen ermöglichen den teilnehmenden Menschen mit geistiger Behinderung eine intensive Auseinandersetzung mit diesen Inhalten. Für die Organisationen bildet das Projekt gleichzeitig auch die Grundlage für weitere Kooperationen auf europäischer Ebene.

Bei der Projektplanung wurden mehrere Ergebnisse ins Auge gefasst:

- Erstellen einer Projektmappe (z. B. Fotomappe, Reiseberichte, Europa-Collage, Länderbeschreibungen, Rezepte, musikalische Beiträge, politische Strukturen der Teilnehmerländer, der EU)
- Aufbau einer Homepage für geistig behinderte Nutzer
- Fertigstellung einer Projekt-DVD

Für den abschließenden Besuch beim Europaparlament in Brüssel erstellten die Teilnehmer einen Fragen- und Forderungskatalog zu Lebensbedingungen und Rechten von Menschen mit Behinderung in Europa, den sie als Petition übergaben.

Die Arbeitsergebnisse fließen in die gemeinsame mehrsprachige Homepage ein: www.auch-wir-sind-europa.eu. Diese Homepage soll laufend durch Anregungen, konstruktive Kritik und Beiträge gestaltet und verändert werden. So kann sie ein lebendiges Medium zur Erwachsenenbildung für Menschen mit Behinderung sein.



Veranstaltungen

Schluss mit lustig!? - Die Ressourcen der Sozialwirtschaft sind ausgereizt

21. – 23. April 2009, Würzburg

Fachtagung für Träger und wirtschaftlich Verantwortliche in Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe und Psychiatrie.

Informationen: Corinna Tröndle, Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V., Karlstraße 40, 79104 Freiburg. Tel: 0761 / 200-619.

www.cbp.caritas.de

Fachkongress Enabling Community – Gemeinsame Sache machen

18. – 20. Mai 2009, Hamburg

Veranstalter des Kongresses: Stiftung Alsterdorf.

Informationen: Theodorus Maas und Claudia Ganten: Tel. 040 / 50 77 32 87

www.enabling-community.de

sicht:wechsel:bewegt

31. Juli – 15. August 2009, Linz (Oberösterreich)

Internationale Kunstwerkstatt mit fünf internationalen integrativen Künstlerteams in Zusammenarbeit mit dem OÖ-Landesmuseen und der Caritas OÖ / St. Pius, Steegen

www.sicht-wechsel.at

7. Bundeskongress Soziale Arbeit Gerechtigkeit, Verantwortung, Sicherheit

24. - 26. September 2009, Dortmund

Informationen beim Organisationsbüro Bundeskongress Soziale Arbeit, TU Dortmund, Fakultät für Erziehungswissenschaften und Soziologie, Emil-Figge-Str. 91, 44227 Dortmund. Tel: 0231-755 60 65.

E-Mail: buko09@fb12.uni-dortmund.de

REHACARE - Internationale Fachmesse und Kongress für Rehabilitation

14. - 17. Oktober 2009, Düsseldorf

Informationen über die Fachmesse und den begleitenden Kongress:

www.rehacare.de

Internationaler Fach- und Jubiläumstag der GEB

23. Oktober 2009, Rothenburg o. d. T.

Die GEB feiert 2009 ihr 20-jähriges Bestehen im Rahmen eines Fachtages. Er steht unter der Themenstellung: Inklusion und die Realisierung inklusiver Aspekte als Vision und Zielvorstellung der Erwachsenenbildung. Am Fachtag geht es also um eine Bestandsaufnahme und einen Ausblick in die Zukunft. Weitere Informationen:

www.geseb.de

ConSozial 2009 - 11. Fachmesse und Congress für den Sozialmarkt Deutschland

10. – 12. November 2009, Messezentrum Nürnberg

Informationen über die Fachmesse und den begleitenden Kongress:

www.consozial.de

sicht:wechsel:tagt

19. – 20. November 2009, Linz (Oberösterreich)

Interdisziplinäres Kunstsymposium. Eine Kooperation mit dem Verein Integrative Kulturarbeit und Festival sicht:wechsel.

www.sicht-wechsel.at

Fortbildungs-Reihe zur FachpädagogIn für Erwachsenenbildung

30. November – 4. Dezember 2009, Rothenburg o. d. T.

Beginn der neuen berufsbegleitenden Fortbildungs-Reihe „Bildung in Arbeit und Freizeit“ der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e. V. Die Qualifizierung erstreckt sich über zwei Jahre und beinhaltet fünf Seminarblöcke. Weitere Informationen:

Heike Bücheler, Ringstr. 6, 77966 Kappel-Grafenhausen, Tel.: 07822 867175, Fax: 07822 867176, Heike.Buecheler@t-online.de

Buchbesprechungen

Geistig behinderte Menschen in der DDR

Sebastian Barsch: Geistig behinderte Menschen in der DDR. Erziehung – Bildung – Betreuung. (Lehren und Lernen mit behinderten Menschen, Bd. 12). 2007. 240 S.; Athena-Verlag, Oberhausen; 34,50 Euro, ISBN: 978-3-89896-302-2

Mit dem Band legt der Autor Sebastian Barsch ein Werk vor, das die Entwicklungen der Rehabilitationspädagogik in der DDR umfassend darstellt. Dabei stellt er ausdrücklich bzw. im Hintergrund einen Vergleich zwischen der BRD und der DDR her.

Das vorliegende Buch entstand im Ursprung als eine Dissertationsschrift, durch die der Autor „eine geschichtswissenschaftliche Bearbeitung“ für die „Weite des Untersuchungsgegenstandes“ (S. 11) gewählt hatte. Im Kern und Anspruch geht es Barsch dabei um die „Analyse und Rekonstruktion geschichtlicher Ereignisse und Entwicklungsstränge“ (S. 11), bei der er verschiedene Ebenen historischer Wirklichkeit einbezieht.

Bereits in der umfassenden Einleitung wirft er beschreibende und analysierende Schlaglichter auf die bearbeitete Gesamthematik. Systematisch erläutert er im 2. Kapitel den „Aufbau des Bildungs- und Gesundheitswesens“ in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Darauf abgestimmt arbeitet er im 3. Kapitel „politisch-ideologische Leitlinien“ bezogen auf Sozialismus und Behinderung heraus. Die Darstellung von „Rechtsvorschriften und Rechtsnormierungen“ im 4. Kapitel erweitert das Verständnis zu den gesetzlichen Grundlagen. Die Beschreibung von „Institutionen der Bildung, Erziehung und Betreuung“ im 5. Kapitel rundet den theoretischen Über-

blick des Lesers ab. Mit dem 6. Kapitel liefert der Autor eindrucksvoll wissenschaftlich analysierte Belege zur praktischen Seite der Rehabilitationspädagogik in der DDR auf der Basis von reich-

haltigen Materialien. Diese hat er im empirischen Vorgehen zusammengetragen und durchleuchtet. Mit einer Gesamtreflexion beendet der Autor die inhaltliche Auseinandersetzung.

Der persönlichen Einschätzung des Autors, dass für den Erkenntnisgewinn im Rahmen dieser Arbeit „besonders die Erinnerungen der Zeitzeugen von großem Wert“ sind, kann man nach der Lektüre des Buches nur beipflichten. Das Werk ist zwar nicht speziell auf den Leserkreis dieser Zeitschrift – und damit auf Erwachsenenbildner im Kontext Behinderung – ausgerichtet. Dennoch lassen sich etliche Hinweise finden, die für den grundsätzlichen Zusammenhang der Rehabilitationspädagogik und der Erwachsenenbildung von Bedeutung sind. Lediglich wenige Verweise auf Textpassagen sollen dies unterstreichen helfen. So helfen die Abschnitte zum Thema Wohnen und zu Arbeitsmöglichkeiten und -bedingungen beim Verste-



hen der damaligen Situation, die nach der „Wende“ z. B. auch von Klee (1993) beschrieben wurde. Er wies u. a. darauf hin, dass die „Pflegeheime ... ein tristes Bild“ boten: „Mehrbettzimmer, ärmliche Möblierung, und vor allem: keine Förderung“ (S. 156). Barsch lässt in seinem Buch einen solchen Eindruck aber nicht unwidersprochen. „Es ist jedoch davon auszugehen, dass die negativen Bedingungen nicht pauschal für alle Anstalten galten und das pauschalisierende Bild ... nicht der Wirklichkeit entspricht.“ (S. 159) Auch verweist Barsch auf der Basis seiner empirischen Befunde darauf, dass etwa das „Ansehen sowohl der geschützten Betriebsabteilung als auch der Geschützten Werkstatt des Gesundheitswesens ... in der Bevölkerung recht groß“ war (S. 179). Derartige Hinweise – die für ihn auch konzeptionell zu begrüßende Aspekte verdeutlichen – relativiert Barsch, wenn er in der Folge seiner befragten Zeitzeugen Veränderungsprozesse nach der Wende anspricht.

Der besondere Wert des Buches liegt in der gründlichen Darstellung institutioneller Rahmenbedingungen sowie ideologischer und theoretischer Grundlagen der Bildung, Erziehung und Betreuung geistig behinderter Menschen in der DDR. Durch seine Recherchen kommt der Autor auch zu der Einschätzung, dass eine Interpretation rein aus dem Blickwinkel der Analyse des politischen Systems der DDR zu kurz greift. Dennoch bleibt in der Pflicht des Lesers und mündigen Bürgers der Auftrag, auf den Birthler (2006) hinweist: „Wer wissen will, was die DDR war, muss zuerst über den Verlust der Freiheit, über Verfolgung und Repression Bescheid wissen.“ Insgesamt also eine Lektüre, die spannungsreichen Stoff für die Überprüfung eigener Vorstellungen und des geschichtlichen Verstehens liefert.

Werner Schlummer, Köln

Community Care und Menschen mit geistiger Behinderung.

Laurenz Aselmeier: Community Care und Menschen mit geistiger Behinderung. Gemeinwesenorientierte Unterstützung in England, Schweden und Deutschland. 2008. 235 S. mit 2 Abb. u. 3 Tab. Br.; VS-Verlag, Wiesbaden; 34,90 Euro, ISBN: 978-3-531-15650-7

Das Thema Community Care lässt schon vom Begriff her, dem Fremdwort, internationale Bezüge vermuten. Ein Thema, das aber in Deutschland schon seit einigen Jahren Fuß gefasst hat, aber nur selten mit deutschen Bezeichnungen anzutreffen ist. Und dennoch – oder gerade deshalb – scheint es nicht nur verlockend zu sein, internationale Aspekte zu ergründen. Vielmehr erscheint es aus deutscher Sicht unumgänglich, internationale

Erfahrungen im Themenfeld zu erforschen. Genau diesem Impuls als wesentliche Forschungsmotivation geht Laurenz Aselmeier in seinem Buch nach, indem er nicht nur das Thema auf die Personengruppe Menschen mit geistiger Behinderung fokussiert, sondern auch einen internationalen Vergleich zwischen England, Schweden und Deutschland herstellt.

Das ursprünglich als Dissertation entstandene Werk legt zunächst Ziele und

Herausforderungen der Behindertenhilfe im europäischen Kontext unter die Lupe. In einem nächsten Schritt setzt sich der Autor mit Unterstützungsangeboten für Menschen mit geistiger Behinderung in den drei untersuchten Ländern auseinander. Schließlich befasst sich der Autor mit Lebenssituationen des ausgewählten Personenkreises im Kontext gemeinwesenorientierter Unterstützung.

Der Themenkomplex ist in Deutschland immer noch und immer wieder im besonderen Interesse verschiedener Professionen. Dabei haben die Behindertenhilfe und die Sozialpolitik dieses Feld als besonders bedeutsam erkannt. Denn schließlich sind beide gefordert, gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu realisieren. Ein Blick über Ländergrenzen hinweg zeigt dabei gerade im Bereich der Europäischen Union auf, wie andere Mitgliedstaaten „bereits individualisierte und integrierte Unterstützungsleistungen etabliert“ haben (S. 13). So ist es nicht nur naheliegend, sondern unumgänglich, „Wissen auszutauschen sowie verschiedene politische Strategien und Konzepte zu evaluieren und zu vergleichen“ (S. 13).

Der Autor begibt sich in seinem Werk in diese vergleichende Auseinandersetzung. Und dem Leser eröffnet er dadurch einen Schatz an Impulsen für das Verstehen verschiedener Systeme, für das Analysieren und Reflektieren von Wohn-Konzepten und schließlich für die Annäherung an die Perspektive von Menschen mit geistiger Behinderung. In der Mischung dieser wesentlichen Anteile liegt der besondere Wert des Buches. Dabei gelingt es dem Autor, den Spannungsbogen geschickt zu entfalten, so dass gleichsam im kurzen Schlussteil durch die „illustrative Studie“ die zuvor ausgebreitete Theorie menschliche Züge erhält.

Mit seinem Buch ermöglicht der Autor das Verstehen von Zusammenhängen, das Nochvollziehen des Einflusses von sozialpolitisch gesetzten Rahmenbedingungen und das Erkennen behindertenpolitischer Möglichkeiten. Insgesamt ein Werk, das aus der schier unerschöpflichen Quelle historischer Darstellungen Innovationen ermöglicht.



Werner Schlummer, Köln

Reflexive Didaktik

Kerstin Ziemer (Hrsg.): *Reflexive Didaktik. Annäherungen an eine Schule für alle.* (Lehren und Lernen mit behinderten Menschen, Bd. 15). 2008. 244 S.; Athena-Verlag, Oberhausen; 19,50 Euro, ISBN: 978-3-89896-333-6

Die Mischung macht's. Zu dieser Aussage wird man beim Lesen dieses Buches im doppelten Sinne verleitet. Der Spruch wird gern in ganz unterschiedlichen Branchen verwendet, um ein Verfahren – fast ein wenig geheimnisvoll – hervorzuheben, das zum Erfolg führt. In diesem Fall ist das geflügelte Wort in der Tat im doppelten Sinne gültig: Bezogen auf den Inhalt bzw. die Autoren des vorliegenden Buches und auf den dort beschriebenen gemeinsamen Gegenstand – nämlich eine Schule für alle.

Kerstin Ziemer, Herausgeberin des Bandes, ist es gelungen, reflexive Didaktik als zentrales Thema in ihrem Facettenreichtum darzustellen. Dabei „bedient“ sie sich einer Autorengruppe, die diese Vielfalt ermöglicht. Die Beiträge der zwölf Autoren sind eingebettet in den Anspruch, mit Reflexivität eine kaum zu überschätzende Bewegung darzustellen. Vor dem Hintergrund der bourdieuschen Grundannahme, durch Reflexivität nicht nur externe Einflüsse aufzugreifen, sondern auch Eigenlogik im Feld zu entwickeln, tragen die einzelnen Beiträge ihre Sichtweisen für eine Annäherung an eine Schule für alle bei.

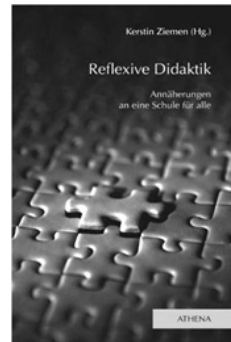
Den Auftakt machen in dem Themenfeld „Integration – Demokratie – Didaktik“ Wolfgang Jantzen, Kersten Reich, Birger Siebert sowie Ines Boban und Andreas Hinz. Bereits in dieser Bandbreite von Positionen und Bezügen wird der Kontext von Heterogenität, Anerkennung und Demokratie deutlich. Die Fortsetzung liefern André Zimpel und Jürgen Münch,

die den Bezug zu Neurowissenschaften, zur Didaktik und zur sonderpädagogischen Herausforderung „Geistige Entwicklung“ herstellen. Nicht zuletzt durch die Beiträge der

Autoren Manfred Jödecke, Kerstin Ziemer, Thomas Hoffmann, Heike Wünsch und Volker Kriegel gelingt es der Herausgeberin, mit wissenschaftstheoretischem Fokus einen durch didaktische Prozesse gestaltbaren Raum zu betreten. Er wird als ein sozialer Raum mit Möglichkeiten deutlich, der durch Kompensation und Didaktik immer wieder neue Formen erfährt.

Das Bezugssystem des vorliegenden Buches ist im Wesentlichen zwar die Schule. Die Ausführungen der Autoren sind aber durchweg geeignet, auf andere Bildungsinstitutionen und -instanzen übertragen zu werden. Für Erwachsenenbildner, die sich erst recht in zumindest gesellschaftspolitischen Gefilden tummeln und eine inklusive Gesellschaft mitgestalten wollen, bietet dieses überwiegend theoretisch angelegte Werk eine grundlegende Orientierung für Inklusionsgedanken in demokratischen und didaktischen Bezügen.

Werner Schlummer, Köln



Mitgliedschaft

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Gesellschaft
Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland.
Im Beitrag ist das Abonnement der
Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“
enthalten.

Jahresbeiträge:

€ 40,00 für Einzelpersonen, € 90,00 für Institutionen,

€ 24,00 für Studenten, € 11,00 für Menschen mit Behinderungen

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ:

Ort:

Tel.:

Beruf:

Unterschrift:

Abo-Bestellung

Hiermit bestelle ich die Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“
im Abonnement. Preis: € 16,00 (zuzüglich Porto und Versandkosten)

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ:

Ort:

Tel.:

Beruf:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:

Gesellschaft Erwachsenenbildung
und Behinderung e.V., Deutschland
Postfach 870228 - 13162 Berlin

Mitgliedschaft und Abonnement

sind auch über die Homepage www.geseb.de abwickelbar.

Vereinigung Erwachsenenbildung und Behinderung Österreich

Obmann Hubert M. Siman
Erzherzog Wilhelm Ring 2 • A-2500 Baden

Impressum

Die Zeitschrift Erwachsenenbildung und Behinderung erscheint zweimal jährlich und wird herausgegeben von der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland.

Internet

Homepage: www.geseb.de

E-Mail: kontakt@geseb.de

Präsidentin

Gaby Kagemann-Harnack

Bergrade 17, 23898 Duvensee

E-Mail: kagemann-harnack@geseb.de

Bestellung und Versand Publikationen

Almuth Mix, Postfach 870228, 13162 Berlin

Tel.: 030 - 49 90 70 60

E-Mail: bestellung@geseb.de

Schriftleitung und Anzeigen

Bernd Wilder, Rosenstr. 9, 74821 Mosbach

Tel.: 06261-15168

E-Mail: wilder@geseb.de

Redaktion

Jutta Göttfried, Haimhausen; Werner Schlummer, Köln; Ute Schütte, Schwäbisch Gmünd;

Bernd Wilder, Mosbach

Verlag

Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland, Postfach 870228, 13162 Berlin

Bankverbindung

Pax-Bank Berlin: BLZ 37060193, Konto-Nr. 6000791014

Vorbehalte und Rechte

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.

Alle dadurch begründeten Rechte bleiben erhalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Herausgebers gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des Verfassers dar.

Redaktionsschluss

15. Februar und 15. August und nach Vereinbarung.

Manuskript

Bitte bei der Schriftleitung einreichen.

Weitere Informationen siehe „Manuskript-Hinweise“ auf der Homepage www.geseb.de.

Gestaltung und Satz

Klaus Buddeberg, Kommunikation Barrierefrei

Heinrich-Barth-Str. 13, 20146 Hamburg

www.klausbuddeberg.de

Druck

alsterpaper, Wiesendamm 22a, 22305 Hamburg

www.alsterarbeit.de

ISSN 0937-7468

Geänderten Termin beachten!



Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland

Die GEB feiert 2009 ihr 20-jähriges Bestehen

- Fachtag -

**Es geht doch – und wie!?! Erwachsenenbildung für alle
Zwischen Zielgruppenorientierung und Inklusion**

23. Oktober 2009

9:00 – 18:00 Uhr

Evangelische Tagungsstätte Wildbad
Rothenburg o. d. T.

Zum 20-jährigen Bestehen der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e. V., Deutschland geht es bei diesem Fachtag um den Austausch zu u. a. folgenden Themen:

- Wie steht es um die Erwachsenenbildung für Menschen mit Behinderung in Deutschland?
- Wie weit ist Integration fortgeschritten?
- Was steckt hinter dem Begriff „Inklusion“?
- Welche aktuellen Projekte gibt es?

- Jubiläumsfeier -

23. Oktober 2009

ab 19 Uhr

Evangelische Tagungsstätte Wildbad
Rothenburg o. d. T.

- Mitgliederversammlung -

24. Oktober 2009

10:00 – 12:30 Uhr

Evangelische Tagungsstätte Wildbad
Rothenburg o. d. T.

Anmeldungen und Informationen: Heike Bücheler, Ringstr. 6, 77966 Kappel-
Grafenhausen, Tel.: 07822 867175, Fax: 07822 867176, heike.buecheler@t-online.de

www.geseb.de